



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse und Planungserklärungen 2016

Information des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulaten sowie Planungserklärungen

Stand: 18.01.2017

Datum RR-Sitzung: 18. Januar 2017

Geschäftsnummer: 2014.STA.44

Direktion: Staatskanzlei

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

1 Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2016 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG). Der Geschäftsbericht wird damit entlastet und eine Empfehlung aus der NEF-Evaluation umgesetzt.

2 Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet.

Vorstoss Nr./Typ	Urheber/in (Ort, Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
Staatskanzlei (STA)				
191-2014 M	Bühler (Cortébert, SVP) vom 22.9.2014 Für eine rasche und faire Gemeindeabstimmung	01.06.2015 Punktweise beschlossen : Ziffer 1: Annahme als Postulat und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 2: Ablehnung	31.12.2017	Der Grosse Rat verabschiedete am 26. Januar 2016 das Gesetz betreffend die Durchführung von Abstimmungen über die Kantonszugehörigkeit bernjurassischer Gemeinden. Mit diesem Gesetz legte der Grosse Rat die Modalitäten der Gemeindeabstimmungen und die Folgen solcher Abstimmungen fest.
275-2014 M	Machado Rebmann (Bern, GPB-DA) vom 25.11.2014 Transparenz schafft Vertrauen! Für ein unmittelbares aktives Öffentlichkeitsprinzip im Kanton Bern	02.06.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Vorab wird festgehalten, dass der Kanton eine lange Praxis in der Umsetzung des seit 1993 in der Verfassung verankerten Öffentlichkeitsprinzips kennt. Dank der Umsetzung der digitalen Geschäftsverwaltung und Archivierung in der gesamten Verwaltung (Programm DGA) wird das Zurverfügungstellen von öffentlich zugänglichen Dokumenten noch einfacher und die Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips zusätzlich gestärkt. Das elektronische Geschäftsverwaltungssystem BE-GEVER wird bis 2022 in allen Direktionen umgesetzt. Der Kanton Bern beteiligt sich an den Diskussionen und Arbeiten im Rahmen der OGD-Strategie (OpenGovernmentData) des Bundes. Dabei gilt es insbesondere Fragen der Doppelspurigkeit und die Qualität des (Daten-) Angebots zu klären. Solange diese und weitere Fragen offen sind, scheint eine Einbindung allfälliger Daten des Kantons im entsprechenden Portal des Bundes nicht angezeigt. Zusammengefasst kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass die im Kanton vorhandenen Ressourcen vorab für die Umsetzung des Programms DGA und zur weiteren Verbesserung der Vollständigkeit und der Qualität statistischer Daten eingesetzt werden. Die weitere Entwicklung im Bereich OGD-Strategie Schweiz wird verfolgt und eine aktive Beteiligung des Kantons zu gegebener Zeit erneut geprüft.
Erziehungsdirektion (ERZ)				
170-2011 M	Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP) Kein staatlich verordneter, obligatorischen Sexualunterricht	22.03.2012 Punktweise beschlossen: Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2016	Die Anliegen wurden im Lehrplan 21 für den Kanton Bern berücksichtigt.
263-2011 M	Steiner-Brütsch, Langenthal (EVP) Sexualerziehung im Lehrplan 21	22.03.2012 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2016	Die Anliegen wurden im Lehrplan 21 für den Kanton Bern berücksichtigt.

161-2012 M	Guggisberg, Kirchlindach (SVP) Mindestteilnehmerzahlen bei Kursmodulen der Begabtenförderung	25.03.2013 Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Evaluation zur Begabtenförderung im Kanton Bern vom Oktober 2016 hat ergeben, dass die Gruppengrößen in 92% der Kurse den Richtlinien entsprechen (3 bis 12 Schülerinnen und Schüler). Zudem zeigt die Entwicklung seit 2012 (die Anzahl der Schülerinnen und Schüler nimmt wesentlich stärker zu als die Anzahl der erteilten Lektionen), dass die Richtlinien immer besser eingehalten werden. Eine Überreglementierung ist zu vermeiden, weshalb auf eine Regelung verzichtet wird.
245-2013 M	Kipfer-Guggisberg, Stettlen (BDP) Fachbereich Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (mit Hauswirtschaft) in Lehrplan	20.03.2014 Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Anliegen wurden im Lehrplan 21 für den Kanton Bern berücksichtigt.
082-2014 M	Tanner, Ranflüh (EDU) Mehr Spielraum bei erhaltenen Baudenkmalen	19.11.2014 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme	31.12.2016	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.
027-2015 M	FDP (Kohler, Spiegel b. Bern) Zum Erhalt der medizinischen Grundversorgung braucht es neue Modelle in der Ärzteausbildung und eine Neuevaluation des Numersu clausus	14.09.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Kanton und die Universität haben beschlossen ab Mitte 2018 100 zusätzliche Studienplätze in Humanmedizin anzubieten. Gleichzeitig werden auf gesamtschweizerischer Ebene (Hochschulrat) Massnahmen ergriffen, um die Anreize zu erhöhen, nach dem Studium eine Weiterbildung als Grundversorgerin oder Grundversorger zu ergreifen.
056-2015 M	Graber, Horrenbach (SVP) Denkmalpflege: Umbau von Ökonomieteilen (Ställen) erleichtern	24.11.2015 Annahme	31.12.2017	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.
016-2016 M	Zäch, Burgdorf (SP) Gegen eine teure Auslagerung von Ausbildungsplätzen in andere Kantone für die Anpassung der Zulassungsbedingungen am Institut für Heilpädagogik der PHBern	17.03.2016 Annahme	31.12.2018	Die Anliegen wurden im Antrag des Regierungsrats vom 2016 an den Grossen Rat zur Änderung des Gesetzes über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule berücksichtigt.
065-2016 M	Schmidhauser, Interlaken (FDP) Französischunterricht muss wieder selektionsfähig werden	01.06.2016 Annahme	31.12.2018	Das Anliegen der Motion ist umgesetzt, insbesondere sind die Kontrollprüfung für die Sekundarstufe I wie auch die Übertrittsprüfung in die Sekundarstufe II den neuen Lehrmitteln angepasst.

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE)

256-2013 P	Moser (Biel/Bienne, FDP) Neue direkte Busverbindung Brugg – Industrie Bözingenfeld	17.03.2014 Annahme	31.12.2016	Die Planungsarbeiten für die Einführung einer neuen Verbindung Brugg – Industrie Bözingenfeld sind weit fortgeschritten. Die Finanzierung durch die Gemeinden und den Kanton wird im Verlauf des Jahres 2017 geklärt. Die geforderte Prüfung einer Busverbindung Brugg – Industrie Bözingenfeld ist somit abgeschlossen.
291-2013 M	Grimm (Burgdorf, GLP) Verkehrerschliessung Emmental mit zusätzlicher Variante "TramRegion Emmental"	04.06.2014 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 – 4: Annahme als Motion Ziffer 5: Ablehnung als Postulat	31.12.2016	Die Massnahmen 1 bis 4 wurden geprüft und sind ins mittlerweile abgeschlossene Vorprojekt eingeflossen. Der Grosse Rat hat den Projektierungskredit für die Erarbeitung des Bauprojekts im September 2016 genehmigt. Die Anliegen der Motion sind damit erfüllt.
216-2014 M	Grimm (Burgdorf, glp) Wasserzins für Grosswasserkraftwerke neu regeln	21.01.2015 Annahme	31.12.2017	Die Motion sieht vor, die Grosswasserkraft zu entlasten, indem der Kanton Bern auf einen gewissen Anteil der Wasserzinse verzichtet. Das Anliegen wurde ins kantonale Wassernutzungsgesetz aufgenommen. Der Grosse Rat hat die Teilrevision in der Septembersession 2016 verabschiedet. Das Anliegen der Motion ist damit erfüllt.
226-2014 M	Haudenschild (Spiegel, Grüne) Mehr Lärmschutz für die Bevölkerung an Kantonsstrassen	09.06.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 + 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Motion	31.12.2017	Ziffer 1 und 2: Die Pilotversuche mit lärmarmen Belägen innerorts werden vom Tiefbauamt weitergeführt. Gesicherte Entscheidungsgrundlagen für einen breiteren Einsatz lärmarmen Beläge werden in einigen Jahren vorliegen. Die Abklärungen im Rahmen des Postulatvollzugs sind abgeschlossen. Ziffer 3: Gegenüber dem Bund werden in Stellungnahmen zu Ausfühungsprojekten des ASTRA im Siedlungsbereich konsequent lärmarme Beläge gefordert. Das Anliegen der Motion ist damit erfüllt.

242-2014 M	Imboden (Bern, Grüne) Velofreundliche Lichtsignalanlagen: Rechtsabbiegen bei rot an Kreuzungen ermöglichen	09.06.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2 + 3 : Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Bericht über entsprechende Versuche in Basel wurde veröffentlicht. Es zeigt sich, dass die Versuchsbasis zu schmal ist für eine sofortige Änderung der eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzgebung. Es sind zusätzliche Versuche nötig. In Abhängigkeit derer Ergebnisse wird sich das TBA zu gegebener Zeit beim ASTRA für eine Änderung der Signalisationsverordnung einsetzen. Die Abklärungen im Rahmen des Postulatvollzugs sind damit abgeschlossen.
067-2015 M	Burkhalter (Rümligen, SP) Fondsmittel für Strassenprojekte	09.09.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1/6/7: Annahme als Motion Ziffer 2: Ablehnung als Postulat Ziffer 3: zurückgezogen Ziffer 4/5/8: Ablehnung als Motion	31.12.2017	Die Anliegen gemäss den Punkten 1, 6 und 7 der Motion sind in die mittlerweile abgeschlossenen Vorprojekte für die beiden Verkehrssanierungsprojekte Burgdorf – Oberburg – Hasle und Aarwangen – Langenthal Nord eingeflossen. Die Projektierungskredite zu den beiden Verkehrssanierungsprojekten hat der Grosse Rat im September 2016 einzeln genehmigt. Die Anliegen der Motion sind damit erfüllt.
137-2015 M	Machado Rebmann (Bern, GPB-DA) Keine BLS-Werkstätte im Landwirtschaftsgebiet von Riedbach	18.11.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Nachdem der konkrete Vorschlag der eingesetzten Begleitgruppe "Werkstätte BLS" vorliegt, fokussiert die aktualisierte Standortplanung der BLS AG nicht mehr auf den Standort Riedbach. Die Abklärungen im Rahmen des Postulatvollzugs sind damit abgeschlossen.
073-2016 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Standesinitiative – Erneuerbare Energie in Moorlandschaften ermöglichen	08.09.2016 Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat hat die geforderte Standesinitiative am 10.10.2016 eingereicht. Das Anliegen der Motion ist damit erfüllt.
Polizei- und Militärdirektion (POM)				
174-2012 M	Linder (Bern, Grüne) Genügend Unterkünfte für Asylsuchende im Kanton Bern in Kooperation mit den Gemeinden zur Verfügung stellen	24.01.2013 Annahme	31.12.2016	Neben der ständigen Aufgabe des Suchens und Bereitstellens von geeigneten Unterkünften durch den Migrationsdienst sind neu auch die Regierungsratsmitglieder mit dieser Aufgabe betraut worden. Der Grundsatz, dass oberirdische Anlagen als Kollektivunterkünfte zum Einsatz kommen sollen, ist in der Asylstrategie 2015-2018 verankert. Vorrang von Frauen und Kindern bei der Zuteilung in oberirdische Anlagen ist heute Usus. Diese Personengruppen werden für einen Übergang in die 2. Phase prioritär behandelt. Mit dem Auftrag an die Regierungsratsmitglieder ist die Distanz zu den Gemeinden kleiner und die Akzeptanz grösser geworden. Die Task Force Asyl hat Hilfsmittel erarbeitet, die den Gemeinden zugutekommen, darunter das Infoportal Asyl (www.be.ch/asyl). Die enge Kooperation mit dem VBS ist eine ständige Aufgabe. Mit der Stellungnahme des Kantons Bern zu den dringlichen Änderungen des Asylgesetzes hat der Regierungsrat seinen Standpunkt bekräftigt.
194-2012 M	Kneubühler (Nidau, FDP) Mehr Wettbewerb um Betreuung Asylsuchender – für professionelle und qualitativ hochstehende Betreuungsdienstleistungen	24.01.2013 Annahme	31.12.2017	Die mit den Asylsozialhilfepartnern ausgehandelten Leistungsverträge entsprechen den geforderten Kriterien. Mit der Anpassung der Asylsozialhilfe-, Nothilfe- und Gesundheitsweisung für Personen des Asylbereichs im Kanton Bern (Asylsozialhilfeweisung) wurde zudem das Reporting über die Einhaltung der Pflichten der Asylsozialhilfe verstärkt.
314-2013 M	Muntwyler (Bern, Grüne) Günstige umweltfreundliche Autos ersetzen Staatskarossen	19.03.2014 Annahme als Postulat	31.12.2016	Die Zentrale Beschaffungsstelle Mobilität hat in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Direktionen ein Mobilitätskonzept für die Verwaltung des Kantons Bern erarbeitet, das vom Regierungsrat Ende Oktober 2015 (RRB 1293/2015) freigegeben wurde. Teil des Mobilitätskonzepts ist eine Strategie für die Beschaffung von Fahrzeugen für die Kantonsverwaltung. Fahrzeuge mit alternativen Antrieben, namentlich Elektrofahrzeuge, sind Teil des Fahrzeugkatalogs. Bezüglich Ladeinfrastruktur werden Synergien geprüft und bei Bedarf umgesetzt.
135-2014 M	Brunner (Hinterkappelen, SP) Task-force für eine transparente und proaktive Informationspolitik der Behörden bei Gefahren	17.11.2014 Annahme	31.12.2016	Mit Schreiben vom 15. September 2016 hat die zuständige Polizei- und Militärdirektion dem Bundesamt für Gesundheit das Anliegen einer verbesserten Kommunikation bei radiologischen Ereignissen übermittelt. Das BAG hat nach dem Vorfall, welcher zur Motion geführt hat, seine Informationspolitik angepasst. Das BAG hat das neue Kommunikationskonzept Vertreterinnen und Vertretern der Fachämter (Kantonales Laboratorium, Kantonsarztamt, Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär, KomBE) am 8. Dezember 2016 vorgestellt.

189-2014 M	Müller (Bern, FDP) Die zentrale Staatsaufgabe „Sicherheit“ muss wieder ernst genommen werden	17.03.2015 Annahme	31.12.2017	Der Nationalrat hat der Standesinitiative am 18. März 2016 keine Folge gegeben, womit das Anliegen auf Bundesebene erledigt ist.
053-2015 M	Berger (Aeschi, SVP) Übernahme von zusätzlichen Verwaltungskosten der Gemeinden im Zusammenhang mit einer Asylunterkunft	08.09.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Anliegen, die Gemeinden für den Verwaltungsaufwand bei der Eröffnung oder beim Betrieb einer Asylunterkunft zu entschädigen, wurde geprüft. Die Polizei- und Militärdirektion kommt zum Schluss, dass die Gemeinden in vielfältiger Hinsicht durch den Kanton unterstützt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton funktioniert gut. Eine über das bisherige hinausgehende finanzielle Beteiligung und damit eine Abkehr von der bestehenden Kostenaufteilung ist nicht geplant und zulasten des Kantonsbudgets auch nicht gewünscht.
314-2015 M	Müller (Orvin, SVP) Für eine gegen die aktuelle, neue Bedrohungslage gewappnete Kantonspolizei	02.06.2016 Annahme	31.12.2018	Um der veränderten Gefährdungssituation gerecht zu werden, hat die Kapo im Sommer 2016 100 Sturmgewehre beschafft. Der Grosse Rat hat an der Novembersession 2016 einem Kredit zur Beschaffung einer neuen Vorgangsbearbeitung für die Polizei und Staatsanwaltschaft zugestimmt.

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK)

030-2011 M	Zäch (Burgdorf, SP) Rasch genügend Durchgangs- und Standplätze für Fahrende schaffen	01.02.2012 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 bis 3: Annahme als Postulat	31.12.2016	Der Grosse Rat hat in der Septembersession 2016 einen Rahmenkredit für die Schaffung von Haltplätzen für Schweizer Jenische und Sinti bewilligt. Die Planungsarbeiten an den Standorten sind eingeleitet worden. Gleichzeitig hat der Grosse Rat einen zweiten Kredit für die Realisierung eines Transitplatzes für ausländische Fahrende mit Auflagen zur Überarbeitung an den Regierungsrat zurückgewiesen. Auch hier sind die Folgearbeiten für die Suche nach alternativen und kostengünstigeren Standorten in die Wege geleitet worden.
164-2011 M	Graber (Horrenbach, SVP) Planung und Bau eines Windparks im Gebiet Honegg, Eriz	01.02.2012 Annahme als Postulat	31.12.2016	Mit der Anpassung des Richtplans '12 sind sogenannte Windenergieprüfräume bezeichnet worden. Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung zu dieser Richtplananpassung wurde das Gebiet Honegg als zusätzlicher Windenergieprüfraum zur Aufnahme im Richtplan beantragt. Der Regierungsrat hat die Eingabe geprüft, allerdings aufgrund nicht erfüllter Kriterien bei der Nachhaltigkeitsbeurteilung vorerst auf eine Aufnahme des Gebiets Honegg in den Richtplan (Massnahmenblatt C_21) verzichtet. Die Genehmigung der Richtplananpassung '12 durch den Bund ist am 14. Juli 2014 erfolgt. Aufgrund der Motion Krähenbühl 149-2014 wurden die Kriterien für die Windenergieprüfräume angepasst und die Windenergieprüfräume neu ermittelt. Der Regierungsrat beschloss im Dezember 2016 über die Richtplan-Anpassung, die u.a. auch die Aufnahme des Windenergieprüfraums Honegg vorsieht.
044-2012 M	Fuchs (Bern, SVP) Eröffnung eines Babyfensters im Kanton Bern wichtig und richtig	20.11.2012 Annahme	31.12.2016	Das Lindenhofspital hat im Jahr 2013 ein Babyfenster eingerichtet, welches über eine private Stiftung finanziert wird. Auf die Einrichtung eines weiteren Babyfensters wurde verzichtet.
248-2013 M	Steiner-Brütsch, Langenthal (EVP) Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens im Kanton Bern	17.03.2014 Annahme	31.12.2018	Die rechtlichen Grundlagen für die Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens (E-Bau) sind in der Teilrevision des Baugesetzes vom 9. Juni 2016 geschaffen worden. In der Novembersession 2016 bewilligte der Grosse Rat den Rahmenkredit 2017-2020 für die ICT-Ausgaben der JGK. In diesem Kredit sind CHF 2 Mio. für die Einführung von E-Bau enthalten. Die Projektarbeiten wurden 2016 gestartet.
149-2014 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Erleichterte und verkürzte Planungsverfahren für Windenergieanlagen	20.11.2014 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Motion Ziffer 3: Annahme als Motion	31.12.2018	Der Regierungsrat hat gestützt auf die Motionen Krähenbühl (M 149-2014) und Burren (M 010-2015) die kantonale Windenergieplanung (Massnahme C_21 im Kantonalen Richtplan) überprüft und angepasst. Kernpunkte sind die Anpassung der Kriterien für die Ermittlung der Windenergieprüfräume und die Aufnahme von 13 zusätzlichen Windenergieprüfräumen. Zudem werden einige Präzisierungen zu den Planungsabläufen und zu den kantonalen Vorgaben vorgenommen. Mit dem Beschluss des Regierungsrats im Dezember 2016 wurden die Anliegen des Vorstosses erfüllt.
010-2015 M	Burren (Lanzenhäusern, SVP) Waldwirtschaft und Windenergie: Vereinfachung der Planungsverfahren innerhalb von Windenergieprüfräumen gemäss Kantonaalem Richtplan	18.03.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 und 3: Annahme Ziffer 2 zurückgezogen	31.12.2017	Der Regierungsrat hat gestützt auf die Motionen Krähenbühl (M 149-2014) und Burren (M 010-2015) die kantonale Windenergieplanung (Massnahme C_21 im Kantonalen Richtplan) überprüft und angepasst. Kernpunkte sind die Anpassung der Kriterien für die Ermittlung der Windenergieprüfräume und die Aufnahme von 13 zusätzlichen Windenergieprüfräumen. Zudem werden einige Präzisierungen zu den Planungsabläufen und zu den kantonalen Vorgaben vorgenommen. Mit dem Beschluss des Regierungsrats im Dezember 2016 wurden die Anliegen des Vorstosses erfüllt.
118-2015 M	Guggisberg (Kirchlindach, SVP) Standesinitiative Erfolgsmodell Schlichtungsverfahren ausbauen	25.11.2015 Annahme	31.12.2017	Der Regierungsrat hat die Standesinitiative bei der Bundesversammlung eingereicht (Geschäft 16.302). Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates beantragt in ihrem Bericht vom 30. August 2016 dem Ständerat einstimmig, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

197-2015 M	Brand (Münchenbuchsee, SVP) Arbeitsplätze erhalten und wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Bern ermöglichen	25.11.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Rahmenbedingungen für die Erweiterung der Logistikplattform Migros in Moosseedorf wurden geklärt. Der Regierungsrat entschied am 28. Oktober 2015, diesem Vorhaben mittels eines prioritären Verfahrens Unterstützung zukommen zu lassen. Mit Datum vom 15. Juli 2016 ist die Vorprüfung des Planungsgeschäfts durch das AGR erfolgt. Es befindet sich nun wieder bei der Gemeinde für die öffentlichen Auflage und Beschlussfassung durch die Stimmbewölkerung. Nach einer positiven Beschlussfassung wird das AGR das Geschäft wieder zur Genehmigung und. Behandlung der allfälligen noch offenen Einsprachen erhalten.
Volkswirtschaftsdirektion (VOL)				
273-2013 M	Rösti (Kandersteg, SVP) Hoher Luchsbestand muss reguliert werden, und verwaiste Luchse dürfen nicht mehr ausgewildert werden	27.01.2014 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 und 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2016	Zu Punkt 1 sind mit dem neuen Konzept Luchs von 2016 die Voraussetzungen einer Regulation des Luchsbestands gegeben. Ob auch die Bedingungen erfüllt sind, muss im Einzelfall entschieden werden, wie der Regierungsrat in der Vorstossantwort zutreffend ausführte. Der Vorstoss ist in diesem Punkt erfüllt. Zu Punkt 2: Das Konzept des Bundes wurde inzwischen überarbeitet.
060-2014 M	Knutti (Weissenburg, SVP) Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft	03.09.2014 Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3 und 4: zurückgezogen	31.12.2016	Der mit der AP 2014/17 durch Bundesrecht verursachte höhere administrative Aufwand konnte mit Anpassungen im Vollzug und mit der Weiterentwicklung von GELAN entschärft werden. Der bescheidene Spielraum, den die Bundesvorgaben zum Kontrollwesen beinhalten, nutzt das LANAT im Rahmen der Kontrollorganisation soweit als möglich aus. Das Teilsystem Kontrollwesen bietet den Kontrollorganisationen zudem die Möglichkeit, die privat-rechtlichen Kontrollen (Label) mit den öffentlich-rechtlichen Kontrollen zu koordinieren und damit zu einer Reduktion der Anzahl Kontrollen auf den Betrieben beizutragen.
237-2014 M	Seiler (Trubschachen, Grüne) Bienensterben und Bienenvergiftungen: Massnahmen sind fällig!	10.06.2015 Ziffern 1-3: Annahme Ziffer 4: Ablehnung	31.12.2017	Das Konzept Vorgehen Bienenvergiftungen im Kanton Bern zur Umsetzung der Motion Seiler liegt in genehmigter Fassung vor.
059-2015 M	Sancar (Bern, Grüne) Die Integration der vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt lohnt sich für alle	19.11.2015 Annahme	31.12.2017	Die Gebühren für Arbeitsbewilligungen werden auf den 1. Januar 2017 aufgehoben. Die weiteren Anliegen sind im Rahmen der Asylstrategie zu behandeln, die der Regierungsrat zuhanden des Grossen Rats verabschiedet hat.
040-2015 M	Moser (Landiswil, SVP) Fallwildverwertung tolerieren	19.03.2015 Annahme	31.12.2017	Seit dem 18. November 2016 ist die Verwertung von Fallwild seitens des Jagdinspektorats des Kantons Bern im Grundsatz wieder zugelassen. Die Lebensmittelgesetzgebung sowie betrieblichen Rahmenbedingungen (Stellenabbau bei der Wildhut) setzen hier aber Grenzen.
104-2015 M	Fuhrer-Wyss (Burgistein, SP) Standesinitiative für eine Verlängerung des Gentechnormatoriums	19.11.2015 Annahme	31.12.2017	Der Regierungsrat des Kantons Bern hat bei der vereinigten Bundesversammlung eine Standesinitiative eingereicht, welche die Verlängerung des Ende 2017 auslaufenden Gentechnormatoriums bis 2021 verlangt. Er erfüllt damit einen Auftrag des Grossen Rates, der in der Novembersession 2015 eine entsprechende Motion überwiesen hatte.
187-2015 M	Rudin (Lyss, glp) Bessere Partizipation und Koordination bei Tierschutz und Lebensmittelsicherheit	19.11.2015 Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Annahme	31.12.2017	Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Kontrollen sind im Kanton Bern durch die Koordination mit den privatrechtlichen Kontrollorganisationen soweit rechtlich zulässig koordiniert.

Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF)

040-2011 M	Näf-Piera (Muri, SP) Erfolgreiche Betreuung von Kinder und Jugendlichen in Schwierigkeiten	31.01.2012 Annahme als Postulat	31.12.2016	Seit mehreren Jahren erbringen verschiedene Institutionen im Rahmen ihres bestehenden Leistungsauftrags mit dem Kanton flexiblere Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, teilweise gemäss einem sozialräumlichen Fachkonzept, andere verfolgen mit anderen Fachansätzen flexiblere Arbeitsformen. Die Abgeltung erfolgt im Rahmen der Leistungsverträge. Erfahrungen daraus zeigen, dass mit flexiblen, passgenauen Unterstützungsangeboten des Kindes oder Jugendlichen sowie des Familiensystems oft Situationen stabilisiert und einvernehmliche Lösungen gefunden werden können, welche eine weit kostspieligere Platzierung überflüssig machen. Möglichkeiten flexibel gestalteter Leistungen werden also innerhalb der geltenden Rahmenbedingungen ausgeschöpft. Das Projekt «Optimierung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Kanton Bern» (OeHE) wurde vom Regierungsrat im März 2014 mit der Zielsetzung initialisiert, die Finanzierung- und Aufsichtsstrukturen der ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung zu verbessern. Ein Fachbericht mit Leitsätzen zum neuen Finanzierungs- und Aufsichtsmodell wird dem Regierungsrat im ersten Quartal 2017 zur Kenntnis gebracht.
114-2011 M	Martinelli-Messerli (Matten b.l., BDP) Verbesserung der Arzneimittelsicherheit und – wirtschaftlichkeit im Langzeitpflegebereich.	31.01.2012 Annahme als Postulat	31.12.2016	Seit 2012 führt das Kantonsapothekeramt regelmässig Inspektionen in grösseren Heimen mit Privatapotheken durch. Gleichzeitig hat das Alters- und Behindertenamt die Selbstkontrolle mittels „Checkliste zum Umgang mit Arzneimitteln“ in Heimen ohne Privatapotheken eingeführt. In der Zwischenzeit wurde zudem in mehreren Heimen auf eine Arzneimittelversorgung mittels patientenspezifischer Einzelverblisterung umgestellt. Diese Kontrollmassnahmen und die neuen Versorgungsmodelle, die dazu dienen, die Arzneimittelsicherheit und die Qualität der Arzneimittelversorgung zu erhöhen, konnten eingeführt werden, ohne dass die Gesetzgebung angepasst werden musste. In Bezug auf die Arzneimittelwirtschaftlichkeit wurde eine Datenanalyse im Vergleich zu 13 anderen Kantonen durchgeführt: Die Kosten für den Kanton Bern liegen im Vergleich zu anderen Kantonen im unteren Mittelfeld, in den letzten Jahren ist ein Trend zur Erhöhung der Arzneimittelkosten feststellbar. In Kantonen mit regulierter pharmazeutischer Betreuung konnten in den letzten Jahren eine Kostenreduktion oder einer Abflachung der Kostensteigerung erzielt werden. Der Vergleich mit den anderen Kantonen ist aber nur bedingt aussagekräftig, da im Kanton Bern die Daten zu den Vollpauschalenheimen (31% der Tagesaufenthalte) nicht erfasst werden konnten (in diesem Modell werden die Arzneimittelkosten nicht direkt mit den Krankenkassen abgerechnet). Weiter sind in der Datenanalyse weder die Pflegestufen noch die Grunderkrankungen erfasst. Die Datenanalyse ergab keine deutlichen Hinweise, dass in Kantonen mit gesetzlich regulierten pharmazeutischen Betreuungsmodellen die Wirtschaftlichkeit im Bereich Arzneimittel im Langzeitpflegebereich besser ist als im Kanton Bern. Daher besteht momentan kein Grund, die derzeitige Gesundheitsgesetzgebung in Bezug auf die pharmazeutische Betreuung anzupassen.
022-2012 M	Schär, Lyss (SP) Förderung der Hausarztmedizin im Kanton Bern durch Unterstützung innovativer Projekte und durch Ermöglichung der Patientenidentifikation	27.03.12 Annahme Ziff.1 als Postulat	31.12.2016	Zur Beantwortung des Postulats wurde dem Grossen Rat in der Novembersession ein Bericht zur Diskussion vorgelegt. Die Unterstützung von Einzelprojekten durch den Kanton hat sich gegenüber der Unterstützung z.B. durch Gemeinden nicht als effektiver Weg für die Förderung der Hausarztmedizin erwiesen. Die Aufgabe des Kantons wird darin gesehen, in seinem Kompetenzbereich die Rahmenbedingungen für die Hausarztmedizin zu fördern oder verbessern und sich auf Bundesebene für eine gerechtere finanzielle Abgeltung der hausärztlichen Leistungen einzusetzen. Der Bericht wurde am 30. November vom Grossen Rat zu Kenntnis genommen.
264-2012 M	Lüthi (Burgdorf, SP) Selbstbehalte bei den familienergänzenden Betreuungsangeboten	05.09.2013 Ziff. 1: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziff. 2: Annahme	31.12.2015	Die Auswirkungen des im Jahr 2012 eingeführten Selbstbehalts wurden im Rahmen des jährlichen Reportings und mittels Zusatzbefragung der Gemeinden im Frühjahr 2015 erhoben. Auf Basis der vorliegenden Resultate wurde das weitere Vorgehen bestimmt. Inzwischen hat der Regierungsrat beschlossen, per 2019 Betreuungsgutscheine im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung einzuführen. Mit der Einführung der Gutscheine wird die in der Motion beschriebene Problematik hinfällig.
322-2013 M	Battagliero (Bern, SP-JUSO) Schluss mit ungerechtfertigt hohen Kita-Gebühren	04.06.2014 Annahme	31.12.2016	Die Forderung der Motion wird mit einer Anpassung der Verordnung vom 4. Mai 2005 über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV; BSG 860.113) umgesetzt. Die Gemeinden bzw. Kindertagesstätten und Tagesfamilienorganisationen können die Anpassung frühestens per 1. Januar 2017 umsetzen, per August 2017 muss die Anpassung Anwendung finden.
027-2014 M	Müller, (Langenthal, SP) Anpassung der Mietzinse an den Referenzzinssatz bei individueller Sozialhilfe und bei Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezügern	01.09.2014 Annahme als Postulat	31.12.2016	Im Rahmen der nächsten Gesetzes- und/oder Ordnungsrevision sollen entsprechende Bestimmungen geschaffen werden, um die Sozialdienste grundsätzlich dazu anzuhalten, die Mietverhältnisse der Sozialhilfebeziehenden regelmässig zu überprüfen. Ebenso soll die Abgeltung der dadurch entstehenden Anwaltskosten via Lastenausgleich geregelt werden.

107-2014 M	Mühlheim, Bern (glp) Vorwärts mit der Versorgungsplanung 2015-2019!	18.11.2014 Punktweise beschossen: Punkt 1 zurück gezogen Punkte 2 und 3 als Motion angenommen, Punkt 4 als Postulat angenommen am 18.11.2014	31.12.2016	Der Regierungsrat hat die Versorgungsplanung 2016 gemäss Spitalversorgungsgesetz am 14. Dezember 2016 genehmigt. Sie wird dem Grossen Rat in der Märzsession 2017 zur Kenntnis gebracht.
115-2014 M	Müller (Orvin, SVP) Verstärkung der Sanktionsmöglichkeiten bei nicht kooperativen Sozialhilfebezügern	21.01.2015 Annahme	31.12.2017	Mit der Teilrevision der Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (SHV; BSG 860.111) per 1. Mai 2016 wurden die Sanktionsmöglichkeiten in schwerwiegenden Fällen bis zu einer Kürzung von 30 Prozent des Grundbedarfs erweitert (Personen, die sich unkooperativ verhalten bzw. ihre Pflichten verletzen).
140-2014 P	Schönenberger (Schwarzenburg, SP) Bessere Gesundheitschancen für alle Kinder!	21.01.2015 Ziff. 1: Annahme als Postulat Ziff. 2: Annahme als Postulat und gleichzeitige Abschreibung Ziff. 3: zurückgezogen Ziff. 4: Annahme als Motion	31.12.2017	Die GEF hat die nötigen Abklärungen getroffen mit folgendem Ergebnis: Die Einführung eines Obligatoriums für vorschulische ärztliche Untersuchungen soll derzeit nicht weiterverfolgt werden. Die Einführung eines Obligatoriums wäre im Vergleich zum Nutzen aufwändig. Auch mit anderen Massnahmen lässt sich die Früherkennung weiter stärken (Ziffer 1 des Postulats). So sollen die zahlreichen Bemühungen in diesem Bereich weitergeführt und Massnahmen zum noch stärkeren Einbezug der Mütter- und Väterberatung getroffen werden. Diese haben insbesondere zum Ziel, den Zugang der sprach- und kulturfremden Bevölkerung zur Mütter- und Väterberatung zu fördern sowie die systematische Dossierübergabe von Hebammen zur Mütter- und Väterberatung zu ermöglichen (Ziffer 4 des Postulats).
081-2015 M	Müller (Orvin, SVP) Mehr Handlungsspielraum für Sozialämter bei der Personalrekrutierung	24.11.2015 Annahme	31.12.2017	Mit dem per 1. Januar 2017 eingeführten neuen Abgeltungssystem für die Besoldungs- und Weiterbildungskosten des Sozialdienstpersonals werden neu Leistungen mitfinanziert und nicht mehr Vollzeitstellen. Der Kanton bewilligt somit nicht mehr jede einzelne Stelle. Er erlässt aber weiterhin Vorgaben zur Qualifikation des Personals, das die Verantwortung in der Fallführung trägt, sowie des Personals der Alimentenhilfe. Alle übrigen Aufgaben können auch an Personen mit anderen geeigneten Qualifikationen delegiert werden, wenn es sich als sinnvoll erweist. Mit diesen Minimalvorgaben haben die Sozialdienste mehr Spielraum bei der internen Organisation sowie bei der Personalrekrutierung.
174-2015 M	Müller (Orvin, SVP) Impfen in der Apotheke	14.09.2015 Annahme	31.12.2017	In der laufenden Revision der Verordnung vom 24. Oktober 2001 über die beruflichen Tätigkeiten im Gesundheitswesen (GesV; BSG 811.111) mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2018 wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass speziell dafür ausgebildete Apothekerinnen und Apotheker gesunde Erwachsene ohne vorliegendes Arztrezept impfen dürfen.
229-2015 M	Mühlheim (Bern, glp) Wann erlässt die GEF endlich eine gesetzesskonforme Versorgungsplanung bzw. Spitalliste?	24.11.2015 Annahme	31.12.2017	Der Regierungsrat hat die Versorgungsplanung 2017 - 2020 am 14. Dezember 2016 genehmigt. Sie wird dem Grossen Rat in der Märzsession 2017 zur Kenntnis gebracht. Gestützt darauf können im Jahr 2017 neue Spitalisten erstellt werden.
240-2015 M	Bernasconi (Malleray, SP) Eine Flüchtlingsfamilie pro Dorf	26.01.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Regierungsrat hat die Gemeinden im Dezember 2015 angeschrieben und gebeten, freie und für Flüchtlinge geeignete Wohnungen der Fachstelle Wohnen der Caritas zu melden. Es erfolgten einige Rückmeldungen. Unterdessen hat sich die Situation etwas verändert, weil die Zahl der Asylgesuche 2016 deutlich tiefer war und weil die POM unterdessen über die Regierungsstatthalter auf die Gemeinden zugegangen ist, um Unterstützung bei der Unterbringung von Personen des Asylbereichs zu erhalten.
275-2015 M	von Kaenel (Villeret, FDP) Rasche Umsetzung der revidierten SKOS-Richtlinien im Kanton Bern	26.01.2016 Annahme	31.12.2018	Das Anliegen des Motionärs wurde mit der Inkraftsetzung der SHV-Teilrevision per 1. Mai 2016 umgesetzt. Die revidierten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) wurden im Kanton Bern per 1. Mai 2016 verbindlich erklärt.

Finanzdirektion (FIN)				
023-2014	Kohli (Bern, BDP)	03.09.2014	31.12.2016	Ziffer 1: Der Regierungsrat wird sich auch in Zukunft bei Wahlen für die angemessene Vertretung beider Geschlechter in Verwaltungs- und Stiftungsräten kantonomer Beteiligungsgesellschaften und Institutionen einsetzen. Zusätzliche Massnahmen erachtet der Regierungsrat als nicht notwendig. Ziffer 2: Das Anliegen wurde im Rahmen der Revision der Verordnung über die Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter vom 9. November 2016 umgesetzt. Ziffer 3: Personalstatistische Erhebungen zeigen, dass die in der Motionsantwort erwähnten Frauenanteile kontinuierlich ansteigen und damit ein anhaltender positiver Trend erkennbar ist. Dies belegt, dass die Sensibilisierung der Organisationseinheiten in der kantonalen Verwaltung für das Thema gelungen ist.
M	Mehr Frauen in Kaderfunktionen in der Verwaltung und in Institutionen mit kantonomer Beteiligung	Annahme als Postulat		
109-2014	FiKo (Iseli, Zwieselberg)	11.06.2014	31.12.2016	Der Regierungsrat hat am 3. Februar 2016 die von der Motion geforderte ICT-Strategie 2016 bis 2020 genehmigt und anschliessend den neuen Strategischen ICT-Ausschuss (SIA) unter der Leitung der Finanzdirektorin eingesetzt und mit der Strategieumsetzung beauftragt. Hierzu wurde das Programm IT@BE aufgestartet. Die externe Projektleitung wurde wie von der Motion verlangt öffentlich ausgeschrieben. Der Zuschlag ging an die AWK Group AG. Der Rahmenkredit 2016 bis 2021 für das Programm IT@BE wurde vom Grossen Rat in der Novembersession 2016 genehmigt. Ebenfalls in der Novembersession 2016 hat der Grosse Rat den Rahmenkredit 2017 bis 2019 für die Konzeptphase des Projekts Enterprise Resource Planning (ERP) genehmigt. Sowohl zu IT@BE als auch zu ERP erfolgen wie gefordert regelmässige Reportings an die FiKo und die GPK. Damit kann dieser Vorstoss abgeschrieben werden.
M	UPI-Empfehlungen der externen Überprüfung konsequent umsetzen	Punktweise beschlossen: Ziffer 1 bis 5 und 7: Annahme Ziffer 6: Ablehnung		
098-2015	Brand (Münchenbuchsee, SVP)	09.09.2015	31.12.2017	Der gewünschte Bericht zu den ausserordentlichen Neubewertungen wurde vom Regierungsrat im Dezember 2016 zuhanden der Märzsession 2017 des Grossen Rates verabschiedet.
M	Ausserordentliche Neubewertung von Grundstücken: Die Praxis des Verwaltungsgerichts ist zu beachten	Annahme (Ziffer 1 unter gleichzeitiger Abschreibung)		
Justiz (JUS)				
294-2015	Zybach (Spiez, SP-JUSO-PSA)	12.09.2016	31.12.2018	Aufgrund der Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft können der Grosse Rat und die Justizleitung den Strafverfolgungsbehörden nicht vorgeben, wie sie die Abläufe in Fällen von Suizidbeihilfe auszugestalten hat. Die Staatsanwaltschaft ist gesetzlich dazu verpflichtet, einen unnatürlichen Todesfall abzuklären und hierfür einen Arzt oder eine Ärztin beizuziehen. Dem Anliegen, wonach möglichst unkompliziert und würdevoll vorzugehen ist, wird Rechnung getragen. Die Abläufe wurden vereinfacht: Seit Ende 2015 obliegt (auch) die Todesfeststellung dem Rechtsmediziner oder der Rechtsmedizinerin; früher wurde hierfür zusätzlich ein Arzt oder eine Ärztin beigezogen. Die Kantonspolizei hat ihre Abläufe vereinfacht und rückt in Fällen von Suizidbeihilfe neu ohne Uniformpolizei aus. Somit können die vor Ort notwendigen Abklärungen und Feststellungen im Normalfall unauffällig durch zwei Personen getroffen werden. Die Justizleitung erkennt keine weitere Handlungsmöglichkeit und keinen Handlungsbedarf.
M	Weniger Bürokratie - Würdiger Ablauf nach Suizidbeihilfe	Annahme als Postulat		

3 Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte Frist Vollzug) und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (**F1**: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / **F2** Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

Vorstoss Nr./Typ	Urheber/in (Ort, Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag
Staatskanzlei (STA)					
Erziehungsdirektion (ERZ)					
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE)					
Polizei- und Militärdirektion (POM)					
080-2014 M	Bernasconi (Malleray, SP) Heimatort soll bei Gemeindefusionen bestehen bleiben	02.09.2014 Annahme	31.12.2016	Es wird im Rahmen der laufenden Revision des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes (KBüG; BSG 121.1) geprüft, inwiefern die Anliegen aufgenommen und verankert werden können. Der Grosse Rat wird im Verlauf des Jahres 2017 mit der Vorlage befasst.	F1
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK)					
Volkswirtschaftsdirektion (VOL)					
Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF)					
Finanzdirektion (FIN)					
Justiz (JUS)					

4 Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

Vorstoss Nr./Typ	Urheber/in (Ort, Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand
Staatskanzlei (STA)				
183-2015 P	Lanz (Thun, SVP), vom 9.6.2015 Einführung einer Regulierungsbremse auf Kantonebene	16.11.2015 Annahme	31.12.2017	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
260-2015 M	BDP (Luginbühl-Bachmann, Krattigen) vom 26.10.2016 Zulassung zum zweiten Wahlgang bei Majorzwahlen nur bei genügenden Stimmen im 1. Wahlgang	31.05.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte, die im Laufe 2018 im Grossen Rat behandelt werden soll.
266-2015 M	SAK (Messerli, Interlaken) vom 12.11.2015 Zulassungsbedingungen zum zweiten Wahlgang bei Majorzwahlen	31.05.2016 Annahme	31.12.2018	Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte, die im Laufe 2018 im Grossen Rat behandelt werden soll.
299-2015 M	SP-JUSP-PSA (Marti, Bern) vom 23.11.2015 Transparenz jetzt ! Offenlegung der Politikfinanzierung	30.5.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Das postulierte Anliegen wird im Rahmen der Arbeiten zur Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte geprüft.
307-2015 M	Messerli (Nidau, EVP) vom 25.11.2016 Für faire und effiziente Verfahren bei zweiten Wahlgängen	31.05.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte, die im Laufe 2018 im Grossen Rat behandelt werden soll.
Erziehungsdirektion (ERZ)				
171-2012 M	Linder, Bern (Grüne) Stipendien statt Sozialhilfe: Stipendienwesen und Sozialhilfe harmonisieren	25.03.2013 Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Anliegen werden im Rahmen einer Änderung der Verordnung über die Ausbildungsbeiträge geprüft.
152-2013 M	FDP (Schmidhauser, Bremgarten) Lohnnebenleistungen	27.01.2014 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Anliegen werden geprüft und über die Ergebnisse im Bericht über die Lehreranstellungsbedingungen im interkantonalen Vergleich Bericht erstattet.
216-2013 M	LAGRev12 (Kropf, Bern) Lehreranstellungsbedingungen im interkantonalen Vergleich	23.01.2014 Annahme	31.12.2017	Die Anliegen werden geprüft und über die Ergebnisse im Bericht über die Lehreranstellungsbedingungen im interkantonalen Vergleich Bericht erstattet.
091-2014 M	SP-JUSO-PSA (Marti, Bern) Ferienbetreuung für Schulkinder: Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton	19.11.2014 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2018	In Bearbeitung

224-2014 M	Bildungskommission (BiK) Französisch muss in der Deutschschweiz in der Primarschule verankert bleiben	22.01.2015 Annahme	31.12.2017	In Bearbeitung
268-2014 M	Brönnimann, Mittelhäusern (glp) Sinnvolle und gerechte Selektionsverfahren – Chancengleichheit für Buben und Mädchen – modernen Sprachunterricht	10.06.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme Ziffer 5: Annahme als Postulat	31.12.2017	In Bearbeitung
030-2015 M	Müller, Bern (FDP) Beziehung Kind-Lehrkraft stärken, zum Vorteil der Kinder und Lehrkräfte	15.09.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	In Bearbeitung
167-2015 M	Lüthi, Burgdorf (SP) Chancengleichheit durch Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe	27.01.2016 Annahme	31.12.2018	Die Anliegen werden im Rahmen einer Änderung der Verordnung über die Ausbildungsbeiträge geprüft.
237-2015 M	Stucki, Bern (SP-JUSO-PSA) Hindernisfrei – Ein MUSS in der Ausbildung von Planungs-, Bau- und IT-Fachleuten	01.06.2016 Annahme	31.12.2018	Das Anliegen wird im Rahmen der neuen Leistungsverträge 2019ff. mit den Berufsfachschulen geprüft.
293-2015 M	Vogt, Oberdiessbach (FDP) Freie Halbtage an Gymnasien und Fachmittel- schulen	07.09.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Das Anliegen wird im Rahmen der Änderungen der Mittelschuldirektionsverordnung geprüft.
008-2016 P	Imboden, Bern (Grüne) Mehr Kinder und Jugendliche zum Velofahren motivieren	07.09.2016 Annahme	31.12.2018	In Bearbeitung
035-2016 P	Zryd, Magglingen (SP) Sport als Promotionsfach	07.09.2016 Annahme	31.12.2018	Die Sportlehrpersonen prüfen, welche die Auswirkungen die Umsetzung des Anliegens auf das Fach Sport hätte. Gleichzeitig werden auf gesamtschweizerischer Ebene die Bestehensnormen an der Matur geprüft. Sobald die Ergebnisse beider Prozesse vorhanden sind, wird die Prüfung des Anliegens aus der Optik des gesamten gymnasialen Bildungsgangs erfolgen.
047-2016 M	Bildungskommission (BiK) 9. Schuljahr – Für einen gelungenen Ausbil- dungseinstieg	22.11.2016 Annahme	31.12.2018	In Bearbeitung
068-2016 M	Graber, La Neuveville (SVP) Mehr Selbstverteidigungskurse und Gewaltprä- vention an der Volksschule	22.11.2016 Annahme	31.12.2018	In Bearbeitung
171-2016 P	Wüthrich, Huttwil (SP) Vorfinanzierung der vorbereitenden Kurse auf eidg. Berufs.- bzw. höhere Fachprüfungen	22.11.2016 Annahme	31.12.2018	In Bearbeitung
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE)				
106-2011 M	Masshardt (Bern, SP-JUSO) Mehr Energieeffizienz bei allen öffentlichen Bauten	15.06.2011 Annahme	31.12.2015	Die Forderung, die Richtlinie «Energie und Haustechnik» des AGG auf alle öffentliche Bauten anzuwenden, lässt sich nach geltendem Recht nur bei den massgeblich durch den Kanton subventionierten Bauten durchsetzen. Die Motion soll im Rahmen der laufenden Teilrevision des Kantonalen Energiegesetzes (KEng; BSG 741.1) umgesetzt werden. Die Teilrevisionsvorlage war bis Ende Dezember 2016 in der Vernehmlassung und soll in der Septembersession 2017 im Grossen Rat beraten werden.

211-2011 M	Kohler (Uetendorf, BDP) Kein unnötiger Lichtsmog und keine Energieverschwendung durch Beleuchtung	07.06.2012 Annahme	31.12.2016	Die Strassenbeleuchtungstechnik erlaubt heute eine Steuerung der Dauer und Intensität der Beleuchtung ohne nennenswerte Zusatzkosten. Gemeinden und Kanton wenden die neue Technik deshalb auch ohne gesetzliche Verpflichtung bereits an. Die Anliegen der Motion sollen im Rahmen der Teilrevision des Kantonalen Energiegesetzes (KEngG; BSG 741.1) umgesetzt werden. Die Teilrevisionsvorlage war bis Ende Dezember 2016 in der Vernehmlassung und soll in der Septembersession 2017 im Grossen Rat beraten werden.
146-2012 M	Riem (Iffwil, BDP) Engpassbeseitigung auf der A1 im Raum Bern	23.01.2013 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Annahme	31.12.2017	Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) prüft auf Antrag des Kantons im Rahmen des Engpassbeseitigungsprojekts "A1 8-Spur-Ausbau Wankdorf-Schönbühl" gegenwärtig die Zweckmässigkeit eines Halbanschlusses Grauholz. Der Kanton ist in die Projektorganisation eingebunden.
153-2012 M	Moser (Biel/Bienne, FDP) Eröffnung Ostast der A5-Umfahrung Biel: flankierende Massnahmen zur Kapazitätserhöhung auf dem "Westast"	23.01.2013 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 und 3: Annahme als Postulat Ziffer 2: zurückgezogen	31.12.2017	Flankierende Massnahmen wurden im Rahmen der Erarbeitung des regionalen Verkehrsrichtplans zur N5 definiert. Die jeweiligen Strasseneigentümer sind für die Umsetzung verantwortlich. Massnahmen zur Optimierung des Verkehrsflusses auf dem Guido-Müller-Platz sowie beim Knoten T6/Keltenstrasse/Bahnübergang werden bereits umgesetzt.
246-2012 M	Haas (Bern, FDP) Verkehrssystemmanagement: Sofortmassnahmen für die Region Bern	03.06.2013 Annahme	31.12.2017	Verschiedene VM-Massnahmen im Raum Bern (u.a. VM Bern Nord, VM Köniz – Bern Südwest und VM Muri – Bern Südost) sind in enger Zusammenarbeit zwischen Kanton, Stadt und Gemeinden in Planung und Projektierung. Das ASTRA hat das Pannenstreifenumnutzungsprojekt Wankdorf – Muri im Jahr 2015 öffentlich aufgelegt. Die Plangenehmigung ist im Gange.
134-2014 M	Hofmann (Bern, SP) Systematische Kontrolle von radioaktiven Abfällen im Kanton Bern: Ihre Entdeckung darf nicht dem Zufall überlassen bleiben!	21.01.2015 Annahme	31.12.2017	Der Kanton kann mangels Zuständigkeit in diesem Bereich keine zwingenden Massnahmen vorschreiben. Er setzt sich indes laufend im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür ein, dass sämtliche Kehrrichtverbrennungsanlagen (KVA) und alle Deponien des Typ E (Reaktordeponien) über entsprechende Messgeräte verfügen.
147-2014 P	Zuber (Moutier, PSA) Ausserordentliche Beteiligung des Kantons an der Altlastensanierung	28.01.2015 Annahme	31.12.2017	Wie in der Postulatsantwort in Aussicht gestellt, wurde das Anliegen in Form einer Härtefallregelung in die Revisionsvorlage zum Abfallgesetz aufgenommen. Die erste Lesung im Grossen Rat soll im März 2017 erfolgen.
175-2014 P	Zuber (Moutier, PSA) Fortbestand der Bahnlinie Moutier-Solothurn	16.03.2015 Annahme	31.12.2017	Die Studie zu möglichen Erschliessungsvarianten zwischen Solothurn und Moutier wurde im Frühjahr 2016 abgeschlossen und eine Konsultation bei den betroffenen Stellen durchgeführt. Die Stellungnahme des Regierungsrats an das Bundesamt für Verkehr wurde Ende 2016 verschickt. Die Stellungnahme fliesst anschliessend in den Entscheidprozess des BAV zur Sanierung oder Schliessung des Weissensteintunnels ein. Der Regierungsrat unterstützt die Tunnelsanierung.
260-2014 M	Daetwyler (Saint-Imier, SP) Sicherstellen der guten Bahnanschlüsse im Knoten Biel	09.06.2015 Annahme	31.12.2017	Die Planungsarbeiten zum Ausbauschritt 2030 des Bundes laufen. Diese werden vom Kanton Bern aktiv begleitet. Das Ziel, die guten Anschlüsse im Knoten Biel/Bienne beizubehalten, ist dabei ein wichtiges Anliegen des Kantons und wird gegenüber den Planungspartnern entsprechend zum Ausdruck gebracht.
265-2014 M	Hofmann (Bern, SP) Energierregionen nach dem Beispiel der Energieregion Emmental	09.06.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Mit den Instrumenten der regionalen Energieplanung, dem Berner Energieabkommen sowie der Energiestadt werden die Gemeinden vermehrt über die Möglichkeiten in der Energieplanung und insbesondere auch über die Bildung von Energieregionen informiert. Zum Berner Energieabkommen wurde eine interne Evaluation zur Motivation der Gemeinden für eine Energieregion durchgeführt.
266-2014 M	Leuenberger (Trubschachen, BDP) Für eine moderne Kantonsverwaltung - kostenbewusst und dezentral konzentriert	09.06.2015 Annahme	31.12.2017	Der sukzessive Rückzug geeigneter Verwaltungsstellen aus der Altstadt und der Verkauf frei werdender Liegenschaften im Stadtzentrum werden als Daueraufgaben im Rahmen der konkreten Möglichkeiten konsequent weiterverfolgt. Der Grosse Rat hat in der Novembersession 2016 die Zumiete eines neuen Standorts für die Denkmalpflege beschlossen, womit die Liegenschaft Münsterstrasse 32 verkauft werden kann. Die weitere Entwicklung ist insbesondere auch von der sich in Erarbeitung befindenden Direktionsreform abhängig.

093-2015 M	Rüeggsegger (Riggisberg, SVP) Rindviehstall der Gutsbetriebe INFORAMA-Rütti und Hondrich: Zeitgemässe Ausbildung erfordert zeitgemässe Infrastruktur	08.06.2015 Annahme	31.12.2017	Für die Erneuerung des Rindviehstalls im Inforama-Rütti wird dem Grossen Rat in der Junisession 2017 ein Kreditantrag für die Ausführung unterbreitet. Für den Rindviehstall Hondrich liegen die Pläne und der Finanzierungsplan des Pächters für den Stallneubau vor. Das INFORAMA hat im Zusammenhang mit dem Stallneubau zu einem langfristigen Pachtvertrag positiv Stellung genommen. Der bestehende Stall soll für Schulungszwecke beibehalten werden. Der Pächter erstellt derzeit hierfür einen Nutzungsvorschlag.
146-2015 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Die BLS soll beim Unterhalt von Schienenfahrzeugen mit der SBB zusammenarbeiten	18.11.2015 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Motion Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2017	Im Rahmen ihrer Abklärungen hat die eingesetzte Begleitgruppe "Werkstätte BLS" auch die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit mit den SBB überprüft. Am 20. September 2016 hat sie nun ihren Entscheid zugunsten des Standorts Chlyforst Nord in Bern West kommuniziert. Es ist jetzt vorerst an der BLS, den neu vorgeschlagenen Standort eingehend zu überprüfen.
151-2015 M	Knutti (Weissenburg, SVP) Längerfristig nur noch Schweizer Holz in kantonalen Bauten verwenden	18.11.2015 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Ablehnung	31.12.2017	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
280-2015 M	Flück (Brienz, FDP) Gleichbehandlung von Velo- und Mountainbikerouten im Kanton Bern	26.01.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 1 und 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Motion Ziffer 4: zurückgezogen	31.12.2018	Das Tiefbauamt ist gemeinsam mit dem Amt für Wald daran, die bestehenden Arbeitshilfen und Merkblätter zum Thema Mountainbike zu koordinieren und zusammenzuführen.
290-2015 M	Berger (Aeschi, SVP) Verkehrsnadelöhr Reichenbach eliminieren	16.03.2016 Annahme	31.12.2018	Der zuständige Oberingenieurkreis I ist gemeinsam mit der Gemeinde Reichenbach an der Erarbeitung von Lösungskonzepten zur Staureduzierung. Im Rahmen des Vorprojekts sollen verschiedene Varianten zur Ablösung der Verkehrsampel auf der Hauptstrasse Spiez-Kandersteg, Abzweigung Kien, vertieft werden.
302-2015 M	Flück (Brienz, FDP) Gesetzliche Grundlage für den Verkauf der BKW-Mehrheitsbeteiligung schaffen	07.06.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Das BKW-Beteiligungsgesetz ist in Arbeit. Es soll dem Grossen Rat in der Novembersession 2017 zur ersten Lesung unterbreitet werden.
308-2015 M	Müller (Bern, FDP) Planungskosten in Grenzen halten	07.06.2016 Annahme	31.12.2018	Das wichtige Motionsanliegen wird im Sinne einer Daueraufgabe laufend verfolgt. So wird der Grosse Rat bei den zwei neuen Grossprojekten Polizeizentrum Bern und Campus BFH Bern bereits vor Einleitung der ersten konkreten Planungsmassnahmen über den Standort und die Ausgaben für einen Architekturwettbewerb entscheiden können.
091-2016 M	Benoit (Corgémont, SVP) Neue Heizung in der psychiatrischen Klinik Bellelay	23.11.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Motion Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Motion	31.12.2018	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
119-2016 M	Vanoni (Zollikofen, Grüne) Den Sachplan Abfall überarbeiten - und insbesondere mehr tun, um Abfall zu vermeiden!	23.11.2016 Annahme	31.12.2018	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
121-2016 P	De Meuron (Thun, Grüne) Abfall vermeiden und Ressourcen schonen - Handlungsfelder zur Vermeidung von Kunststoffabfällen aufzeigen!	23.11.2016 Annahme	31.12.2018	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.

122-2016 P	De Meuron (Thun, Grüne) Begrenzte Ressourcen schonen und CO2-Emissionen reduzieren - Förderung von Kunststoffrecycling mit positiver Ökobilanz	23.11.2016 Annahme	31.12.2018	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
136-2016 M	Riem (Iffwil, BDP) Geeignetes Gebäudeportfolio für die Kantonsverwaltung im Raum Bern	23.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
144-2016 M	Riem (Iffwil, BDP) Kein Mobility Pricing im Grossraum Bern	23.11.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Motion Ziffer 2: zurückgezogen Ziffer 3: Annahme als Motion Ziffer 4: Annahme als Motion	31.12.2018	Es liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.
Polizei- und Militärdirektion (POM)				
126-2006 M	SP-JUSO (Meyer, Roggwil) Bewilligungspflicht für private Sicherheitsunternehmen	30.01.2007 Annahme	31.12.2011	Nach diversen Aussprachen hat sich der Regierungsrat für eine eigenständige Lösung und gegen einen Beitritt des Kantons Bern zu einem der bestehenden Konkordate ausgesprochen. Die Thematik fliesst in die laufende Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) ein. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
075-2010 M	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) Vernichtung von Drogenhanf als Jugendschutz- und Sicherheitsmassnahme	26.01.2011 Annahme	31.12.2015	Das Anliegen wird im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) aufgenommen. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
076-2010 M	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) Schluss mit Komasaufen und Drogenrausch auf Kosten der Allgemeinheit	26.01.2011 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 3 Annahme als Postulat	31.12.2015	Die Schaffung einer Zentralen Ausnüchterungsstelle wird derzeit geprüft. Es ist geplant, den Grossen Rat im Sommer / Herbst 2017 mit einem Bericht über die Prüfung des Anliegens zu orientieren.
104-2010 M	Löffel-Wenger (Münchenbuchsee, EVP) Mit einer ZAS Spitäler und Prämienszahlende entlasten	26.01.2011 Punktweise beschlossen: Hauptanliegen: Annahme Ziffern 1 bis 5: Annahme als Postulat	31.12.2015	Die Schaffung einer Zentralen Ausnüchterungsstelle wird derzeit geprüft. Es ist geplant, den Grossen Rat im Sommer / Herbst 2017 mit einem Bericht über die Prüfung des Anliegens zu orientieren.
240-2010 M	Müller (Bern, FDP) Praxisnahe Handhabung der Videoüberwachung	16.06.2011 Annahme	31.12.2015	Das Anliegen ist unbestritten und fliesst in die Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) ein. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
220-2011 M	Matti (La Neuveville, FDP) Mehr Kompetenzen für die Verwaltungspolizei	30.01.2012 Annahme als Postulat	31.12.2016	Die Frage der Kompetenzaufteilung zwischen den Gemeinden und der Kantonspolizei ist Gegenstand der Arbeiten im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1). Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
054-2012 M	Mühlheim (Bern, glp) Interventionskonferenzen bei Gewalt und Drohungen gegen Behörden	06.09.2012 Annahme als Postulat	31.12.2016	JGK und POM prüfen gemeinsam Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Bedrohungsmanagements im Kanton Bern. Angesichts dieser laufenden Arbeiten werden auch die Anliegen des Postulats geprüft. Sofern eine zeitliche Abstimmung der Projekte möglich ist, könnte die Umsetzung mit der PolG-Revision erfolgen.
083-2012 M	Meyer (Roggwil, SP) Sicherheitskosten durch den Kanton finanzieren	06.09.2012 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat	31.12.2016	Die Evaluation Police Bern hat die Frage der Kostentragung für die polizeiliche Grundversorgung nicht abschliessend geklärt. Die Fragestellung ist in die Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) eingeflossen. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.

098-2012 M	Grimm (Burgdorf, Grüne) Wirksames Vorgehen gegen Littering und Wildplakatierung	24.01.2013 Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Vorgehen für die Erteilung von Ordnungsbussen durch die Gemeinden beim Tatbestand des Litterings und/oder der Wildplakatierung wird im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) geprüft. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
019-2013 M	Geissbühler-Strupler (Herrenschwand, SVP) Ursachen von Gewalt und nicht Symptome bekämpfen	19.11.2013 Punktweise beschlossen: Ziffern 1 bis 3: Annahme als Postulat	31.12.2017	JGK und POM prüfen gemeinsam Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Bedrohungsmanagements im Kanton Bern. Angesichts dieser laufenden Arbeiten werden auch die Anliegen des Postulats geprüft. Sofern eine zeitliche Abstimmung der Projekte möglich ist, könnte die Umsetzung mit der PolG-Revision erfolgen.
268-2013 M	Müller (Bern, FDP) Verantwortung und Kompetenzen müssen deckungsgleich sein: Politische Verantwortung für die Kantonspolizei an den Kanton übertragen	19.03.2014 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Herausforderungen in der Zusammenarbeit von Gemeinden und Kantonspolizei werden im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes unter Einbezug der Betroffenen diskutiert. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
334-2013 M	SP-JUSO-PSA (Gabi Schönenberger, Schwarzenburg) Verkehrsunterricht Kindergarten bis und mit 6. Klasse (inkl. Fahrradprüfung)	19.03.2014 Punktweise beschlossen: Ziffern 1 und 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Frage der Umsetzung des verkehrserzieherischen Grundauftrags ist als Thema in die Revision des Polizeigesetzes eingeflossen. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
247-2014 M	Rudin (Lyss, glp) Erfassen von homophober Gewalt durch die Polizei	17.03.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Thema wird im Nachgang zur Publikation der Schweizerischen Kriminalstatistik im Frühling 2017 in der KKJPD aufgegriffen. Dabei soll entschieden werden, ob dem Bund (BFS) eine Abkehr von den bisherigen Erfassungsindikatoren nahe gelegt werden soll oder nicht.
101-2015 M	Seiler (Trubschachen, Grüne) Dringender Handlungsbedarf in der Asyl- und Integrationspolitik	16.11.2015 Punktweise beschlossen: Ziffern 2 und 3: Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Amt für Migration und Personenstand hat gemeinsam mit den Regierungstatthalterinnen und Regierungstatthaltern Reserveunterbringungsplätze identifiziert. Gestützt auf die Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich, welche in der Novembersession 2016 vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen wurde, wird zurzeit im Rahmen des Projekts Neustrukturierung des Asylwesens im Kanton Bern (NA-BE) ein Konzept für die Unterbringung von Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs erarbeitet, das auch eine Reserveplanung beinhaltet. Gestützt auf eine Kostenerhebung sind auf interkantonaler Ebene Verhandlungen mit dem Bund mit dem Ziel einer Erhöhung der Bundesbeiträge geplant.
102-2015 M	Zryd (Magglingen, SP) Bewilligungspflicht für private Sicherheitsunternehmen umsetzen!	08.09.2015 Annahme	31.12.2017	Nach diversen Aussprachen hat sich der Regierungsrat für eine eigenständige Lösung und gegen einen Beitritt des Kantons Bern zu einem der bestehenden Konkordate ausgesprochen. Die Thematik und deren Umsetzung fliesst in die laufende Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) ein. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
152-2015 M	Mühlheim (Bern, glp) Die schnell ansteigende Zahl der UMA verlangt schnelle und unorthodoxe Entscheide!	07.09.2015 Annahme	31.12.2017	Auf interkantionaler Ebene wurde im Herbst 2016 die Kosten der Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen erhoben – darunter auch jene betreffend UMA. Die Auswertungen und Arbeiten sind derzeit im Gang. Geplant sind anschliessend Verhandlungen mit den Bund zur Erhöhung von dessen Beiträgen im UMA-Bereich. Die in Ziffer 2 der Motion geforderten Abklärungen, das Jugendheim Prêles für die Unterbringung von UMA zu nutzen, sind abgeschlossen. Die geplante Nachnutzung des Jugendheims als Administrativhaftanstalt ermöglicht keine gleichzeitige Unterbringung von UMA.
181-2015 M	Sancar (Bern, Grüne) Privatisierung von Polizeiaufgaben stoppen	17.11.2015 Punktweise beschlossen: Ziffern 1 und 2: Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Frage der Privatisierung von polizeilichen Aufgaben ist Gegenstand der laufenden Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1). Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
184-2015 M	Freudiger (Langenthal, SVP) Amtlicher Strafregisterauszug im Einbürgerungsverfahren	18.01.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Es wird im Rahmen der laufenden Revision des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes (KBüG; BSG 121.1) geprüft, inwiefern das Anliegen aufgenommen und verankert werden kann. Der Grosse Rat wird im Verlauf des Jahres 2017 mit der Vorlage befasst.
220-2015 M	SP-JUSO-PSA (Brunner, Hinterkappelen) Anreizsystem für Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen.	17.11.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Im Rahmen der Vertiefungsarbeiten zur Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich wird sich zeigen, ob mögliche Anreizsysteme sinnvoll sind.

222-2015 M	Brunner (Hinterkappelen, SP) Neue Lösungsansätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden des Kantons Bern	17.11.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Regierungsrat überprüft das bestehende Unterbringungs-, Betreuungs- und Finanzierungssystem im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern (NA-BE).
227-2015 M	Müller (Orvin, SVP) Mehr Handlungsspielraum für Gemeinden im Umgang mit Fahrenden	25.11.2015 Annahme	31.12.2017	Die Thematik wird in der laufenden Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) aufgenommen. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
305-2015 M	Müller (Bern, FDP) Kostenverursacher von unbewilligten Demonstrationen zur Kasse bitten	02.06.2016 Annahme	31.12.2018	Die Thematik wird in der laufenden Revision des Polizeigesetzes (PolG; BSG 551.1) aufgenommen. Die Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.
040-2016 M	Mühlheim (Bern, Grüne) Voraussicht ist besser als hektisches Agieren unter Zeitdruck, auch im Asylwesen!	01.06.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2018	In der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich wurde der Bedarf einer gut funktionierenden überdirektionalen Koordination erkannt (Ziff. 3.5). Demnach soll der Kanton eine Partnerorganisation bestimmen, die per Leistungsvertrag für die Erfüllung der Aufgaben im Bereich Unterbringung und Betreuung für alle dem Kanton zugewiesenen unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist und in allen Belangen eng mit den kantonalen Behörden sowie den relevanten externen Fachstellen zusammenarbeitet.
051-2016 M	Gschwend-Pieren (Lyssach, SVP) Transparenz bei der Informationspraxis auch im Kanton Bern	13.09.2016 Annahme	31.12.2018	Das Thema wird an einem nächsten Treffen zwischen der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei aufgegriffen und die weiteren Schritte diskutiert.
069-2016 P	De Meuron (Thun, Grüne) Förderung des sicheren Velofahrens - Anschaffung eines "Mobilen Pumptracks" für die Nutzung in Gemeinden	13.09.2016 Annahme	31.12.2018	Es wird im Rahmen der Sportstrategie geprüft, ob die Massnahme weiterverfolgt werden soll.
086-2016 M	Guggisberg (Kirchlindach, SVP) Zum Schutz von Leib und Leben von Einsatzkräften und zur Wiederherstellung der Rechtsordnung	29.11.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 2: Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat wird bei einer nächsten Gelegenheit das Anliegen eines von der IKuR unabhängigen Sicherheitsdienstes im Inneren der Reitschule thematisieren.
093-2016 M	Knutti (Weissenburg, SVP) Transparente Zahlen über die vollzogenen Ausschaffungen im Kanton Bern	29.11.2016 Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat ist bestrebt, die entsprechenden Statistiken zu den vollzogenen Ausschaffungen rasch zu erheben.
100-2016 M	BDP (Kohli, Bern) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Einsatz von Bodycams bei Mitgliedern des Polizeicorps	29.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Kantonspolizei wird die Einführung und Regelung von Bodycams in einem selbstständigen Projekt eingehend und ergebnisoffen prüfen. Dabei sollen den Themen Datenschutz, Persönlichkeitsschutz, der Definition sinnvoller polizeilicher Einsatzgebiete, der Klärung technischer und finanzieller Fragen, dem Aufwand-Nutzen-Verhältnis und den Erfahrungen anderer Polizeikorps im In- und Ausland genügend Raum gegeben werden.
106-2016 M	Lanz (Thun, SVP) Wiederkehrende Beiträge aus dem Lotteriefonds für alle Schlösser von nationaler Bedeutung	29.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Umgang mit den wiederkehrenden Beiträgen an Schlösser von nationaler Bedeutung sowie die Frage, ob privatrechtliche Stiftungen gegründet werden dürfen, um Beiträge aus dem Lotteriefonds zu erhalten, werden im Rahmen der Revision des Lotteriegesetzes zu klären sein.
128-2016 M	Wenger (Spiez, SVP) Einführung einer ökologischen Lenkungsabgabe für die Inverkehrsetzung von Motorfahrzeugen	29.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Regierungsrat wird das Anliegen, ökologisch sinnvolle Besteuerungsmodelle einzusetzen, prüfen.
138-2016 M	Wüthrich (Huttwil, SP) Personalbestand der Kantonspolizei überprüfen und anpassen	29.11.2016 Punktweise beschlossen Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Personalbestand der Kantonspolizei soll in den kommenden Monaten erhoben werden. Auf Basis dieser Ergebnisse in Form eines Berichts soll entschieden werden, ob – und falls ja, welche – Massnahmen getroffen werden müssen.
151-2016 M	GPK (Siegenthaler, Thun) Der kantonale Staatsschutz braucht eine kantonale Rechtsgrundlage	29.11.2016 Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat wird eine Gesetzes- und Verordnungsvorlage zur Verankerung der Aufsicht im Bereich des Staatsschutzes erarbeiten.

168-2016 M	Rüeggsegger (Riggisberg, SVP) Marschhalt bei der Neuausrichtung des Jugendheims Prêles	24.11.2016 Punktweise beschlossen Ziffern 2+3: Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Planungsarbeiten zur betrieblichen und baulichen Ausgestaltung einer Administrativhaftanstalt werden weitergeführt. Der Grosse Rat wird über den definitiven Ausbau in Prêles im Jahr 2017 auf der Basis von verbindlichen Zusagen des Konkordats entscheiden können.
179-2016 M	Wyss (Wengi, SVP) Jugendheim Prêles - Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! Vorwärts in die Zukunft, für neue Chancen und Ideen auf dem Plateau de Diesse!	24.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Regierungsrat prüft das Anliegen im weiteren Verlauf der Arbeiten zur Nachnutzung des Jugendheim Prêles.
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK)				
221-2011 M	Kneubühler (Nidau, Kommission FMJG) Vereinfachung der Strukturen im Bereich der Institutionen der stationären Jugendhilfe	28.03.2012 Annahme	31.12.2016	Die Arbeiten am Schlussbericht im Projekt «Optimierung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung» sind weit fortgeschritten. Der Regierungsrat soll Anfang 2017 vom Bericht Kenntnis nehmen und die nötigen Beschlüsse für die schrittweise Umsetzung der im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen fassen. Dabei ist die Umsetzung auch auf die Ergebnisse des Projektes Sonderpädagogik der ERZ abzustimmen.
188-2012 M	Lüthi (Burgdorf, SP) Harmonisierung der Pflegegeldansätze	18.03.2012 Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Prüfung erfolgt im Rahmen des Projekts «Optimierung der ergänzenden Hilfen im Kanton Bern», beziehungsweise der weiteren Umsetzungsmassnahmen mit anschliessender Gesetzgebung.
004-2013 M	Bhend (Steffisburg, SP) Das System der Krankenkassenprämienverbilligung muss gerechter gestaltet werden	04.09.2013 Punktweise beschlossen: Ziffer1: Annahme	31.12.2017	Die Machbarkeit der Umsetzung wird geprüft.
310-2013 M	Rösti (Kandersteg, SVP) Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK), zweite Generation	20.01.14 Punktweise beschlossen: Ziffern 1: Ablehnung als Motion Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Motion	31.12.2018	Die RGSK der 2. Generation wurden Ende 2016 beim Kanton zur Genehmigung eingereicht und werden im 1. Quartal 2017 als regionale Richtpläne genehmigt. Die Frage nach den künftigen Überarbeitungsintervallen der RGSK im Kanton Bern (Ziffer 2) soll bis Ende 2018 geklärt werden. Die Überarbeitung der RGSK ist abgestimmt auf die Vorgaben des Bundes zwecks Mitfinanzierung von Verkehrsmassnahmen in Städten und Agglomerationen (Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung) sowie die kantonalen Planungs- und Finanzierungsinstrumente in den Bereichen Raumplanung, Strasse und öffentlicher Verkehr. Zu den folgenden aktuell laufenden politischen Vorhaben sind die Ergebnisse abzuwarten und dann zu berücksichtigen: - Auf Ebene Bund soll die Finanzierung des Agglomerationsverkehrs mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) langfristig gesichert werden. Die entsprechenden politischen Prozesse auf Bundesebene laufen. - Die Evaluation SARZ soll frühestens 2017 erste Erkenntnisse liefern.
173-2014 M	Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP) Sexuellen Übergriffen an Minderjährigen in Institutionen und Vereinen mit präventiven Massnahmen entgegenwirken und Übergriffe aufklären	18.03.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffern 1 und 3: Ablehnung als Motion Ziffer 4: Annahme und gleichzeitige Abschreibung als Motion	31.12.2016	Ob für Institutionen die sogenannte Charta zur Prävention von sexueller Ausbeutung, Missbrauch und anderen Grenzverletzungen als verbindlich erklärt oder Vereine zur Schaffung von Leitfäden oder Merkblättern verpflichtet werden sollen, wird im Rahmen des Projekts «Optimierung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung» respektive der anschliessenden Gesetzgebungsarbeiten geprüft.
177-2014 P	Müller (Bern, FDP) Wie könnte der Kanton Bern heute aussehen?	19.03.2015 Annahme	31.12.2017	Um aufzuzeigen, wie der Kanton Bern nach heutigen raumplanerischen und wirtschaftlichen Kriterien und Bedürfnissen mit weniger als 50 Gemeinden gegliedert sein könnte, sind umfassende Abklärungen eingeleitet worden. Der Bericht des Regierungsrates zu diesen Abklärungen soll dem Grossen Rat im Jahr 2018 unterbreitet werden, offen ist zurzeit in welcher Session.
239-2014 M	Mentha (Liebefeld, SP) Fristenstillstand in Rechtsverfahren vereinheitlichen	10.06.2015 Annahme	31.12.2017	Die Einführung eines Fristenstillstands wird im Rahmen des Projektes «Revision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege» zurzeit von der JGK vertieft geprüft.

024-2015 M	Grädel (Huttwil/Schwarzenbach, EDU) Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und Kantonales Sozialamt in die gleiche Direktion	16.09.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Anliegen ist unter anderem Gegenstand der begleitenden Evaluation des Gesetzes vom 1. Februar 2012 über den Kindes- und Erwachsenenschutz (KESG; BSG 213.316), die innerhalb von vier Jahren vorzunehmen ist. Diese Evaluation ist zurzeit im Gang und wird per Mitte 2017 abgeschlossen. In diesem Rahmen wird vertieft untersucht, ob die Ziele des neuen Rechts erreicht werden und ob die aktuelle Struktur dazu geeignet ist. Die Kernfrage lautet, ob die Organisation und die Arbeitsweise der neugeschaffenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zweckmässig und geeignet sind, um das neue Recht effizient umzusetzen. Die Umsetzung ist auch auf das Projekt Direktionsreform abzustimmen.
041-2015 M	Daetwyler (St. Imier, SP) Weg mit den institutionellen Bremsen bei Gemeindefusionen!	16.09.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Grosse Rat hat in der Debatte zu den Richtlinien der Regierungspolitik 2015–2018 eine Planungserklärung verabschiedet, mit welcher er die Entwicklung einer Strategie zur künftigen Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit im Kanton Bern fordert. Das Anliegen des Vorstosses wird im Rahmen dieses Auftrages bearbeitet, welcher in die anstehende Evaluation (und Weiterentwicklung) der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) eingebettet wurde. Der Bericht des Regierungsrates zu den Schlussfolgerungen aus der Evaluation SARZ soll dem Grossen Rat im Jahr 2018 unterbreitet werden, offen ist zurzeit in welcher Session.
076-2015 M	Gsteiger (Eschert, EVP) Für einen europäischen Islam	10.06.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 6: Annahme	31.12.2017	Der Regierungsrat hat sich dafür entschieden, in einem ersten Schritt das Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern durch eine Totalrevision des Kirchengesetzes weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck laufen im Moment die Gesetzgebungsarbeiten. Der Grosse Rat wird sich mit dem neuen Gesetz über die bernischen Landeskirchen im Herbst 2017 befassen. Parallel dazu werden von der JGK die Arbeiten für eine Auslegeordnung zu den übrigen Religionsgemeinschaften, die nicht öffentlich-rechtlich anerkannt sind, aber gesellschaftlich relevante Leistungen erbringen, vorangetrieben. Der Regierungsrat wird sich in einem zweiten Schritt seiner Politik gegenüber den nicht anerkannten Religionsgemeinschaften und möglichen Massnahmen befassen. Ziffer 6 der Motion betreffend die Gefangenenseelsorge wird von der POM bei der laufenden Revision des Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG; BSG 341.1), welches neu Gesetz über den Justizvollzug heissen wird, umgesetzt. Die parlamentarische Beratung des JVG ist im Herbst 2017 geplant.
083-2015 M	Lanz (Thun, SVP) Standortvorteil für den Kanton Bern: Dauer für sämtliche Verfahren verkürzen	25.11.2015 Annahme	31.12.2017	Die JGK wird die nötigen Abklärungen mit den betroffenen Kreisen vornehmen und dem Grossen Rat Bericht erstatten.
085-2015 M	Knutti (Weissenburg, SVP) Keine Ungleichbehandlung von Regionen ohne Regionalkonferenz	10.06.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Anliegen wird im Rahmen der anstehenden Evaluation der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) geprüft. Der Grosse Rat wird im Jahr 2018 die Ergebnisse dieser Evaluation zur Kenntnis nehmen können, offen ist zurzeit in welcher Session.
103-2015 M	Mentha (Liebefeld, SP) Neuer Wettbewerb Wohnen SEin	25.11.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Regierungsrat wird prüfen, ob, wann und wie ein neuer Wettbewerb Wohnen SEin durchgeführt werden kann. Er wird dem Grossen Rat gegebenenfalls die nötigen Mittel im Voranschlag beantragen.
108-2015 M	Grädel (Huttwil/Schwarzenbach, EDU) Bessere Nutzung ungenutzter, bestehender Bausubstanz ausserhalb der Bauzone	16.09.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Wie weit nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Bauten ausserhalb der Bauzone ausgebaut werden können, regelt das Bundesrecht (Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung, RPG; SR 700). Die Bestimmungen zum Bauen ausserhalb der Bauzone sind voraussichtlich Gegenstand der nächsten RPG-Teilrevision. Der Regierungsrat wird sich dafür einsetzen, dass dem Anliegen Rechnung getragen wird.
113-2015 M	Bhend (Steffisburg, SP) Schluss mit den staatlich geschützten Wuchertarifen bei den Notaren	25.11.2015 Annahme	31.12.2017	Die JGK hat eine Projektorganisation eingesetzt, welche für den Regierungsrat bis Herbst 2017 eine Auslegeordnung vornimmt und Vorschläge unterbreitet. Die Umsetzung wird mit dem Vollzug der Motion 138-2015 koordiniert.
138-2015 M	Brönnimann (Mittelhäusern, glp) Modernisierung des bernischen Notariats – Revision des Notariatsgesetzes	25.11.2015 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme	31.12.2017	Die JGK hat eine Projektorganisation eingesetzt, die nun bis Herbst 2017 eine Auslegeordnung zu den möglichen Revisionspunkten vornimmt. Nachdem sich der Regierungsrat mit dem Ergebnis der Auslegeordnung befasst hat, werden anschliessend die Revisionsarbeiten des Notariatsgesetzes (NG; BSG 169.11) in die Wege geleitet. Diese Arbeiten erfolgen in Koordination mit dem Vollzug der Motion 113-2015 und der Motion 017-2016.
125-2015 M	Vogt (Oberdiessbach, FDP) Unnötige Bürokratie: Das Siegelungsprotokoll ist ein alter Zopf und gehört abgeschafft.	27.01.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Das Postulat wird im Rahmen der Auslegeordnung zu den möglichen Revisionspunkten zum Notariatsgesetz bearbeitet und abgehandelt werden.

166-2015 M	Guggisberg (Kirchlindach, SVP) Mehr Stimmkraft für kleinere und ländliche Gemeinden in den Regionalkonferenzen	27.01.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Das Anliegen wird im Rahmen der anstehenden Evaluation der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) geprüft. Der Grosse Rat wird im Jahr 2018 die Ergebnisse dieser Evaluation zu Kenntnis nehmen können, offen ist zurzeit in welcher Session.
201-2015 M	JuKo; Gyax-Böniger (Obersteckholz, BDP) Regelung der Zuständigkeit zur Verlängerung der laufenden Amtsdauer von hauptamtlichen Mitgliedern der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft.	17.03.2016 Annahme	31.12.2018	Die JGK prüft zur Zeit, ob die Motion, so wie verlangt, im Rahmen der Anpassung des GSOG umgesetzt werden kann oder ob dazu eine Änderung des Personalgesetzes erforderlich ist. Beide Lösungen sollen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht Evaluation Justizreform II umgesetzt werden.
205-2015 M	Fuchs (Bern, SVP) Vertrauliche Geburt als lebensrettende Ergänzung zum Babyfenster	17.03.2016 Punktwise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Ablehnung als Motion Ziffer 3: Annahme	31.12.2018	Die Anliegen und Fragestellungen werden in einer breit zusammengesetzten Projektgruppe von Fachpersonen aus Stellen, die sich um (schwängere) Frauen in Notsituationen kümmern (Opferberatung, Sozialdienst, Frauenhäuser) und Mitarbeitenden der betroffenen Direktionen (JGK, GEF, FIN) bearbeitet. Nach erfolgter Klärung und Identifizierung allfälliger Lücken sollen per Ende 2017 Handlungsmassnahmen zur weiteren Umsetzung definiert werden.
269-2015 M	Luginbühl (Krattigen, BDP) Neuorganisation der Direktionen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2018-2022	14.03.2016 Punktwise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat hat eine Projektorganisation für die Umsetzung der Direktionsreform (UDR) mit einem klaren Projektauftrag eingesetzt. Der Bericht des Regierungsrates mit Modellen für eine Neuorganisation der Direktionen soll dem Grossen Rat im Sommer 2018 unterbreitet werden. Die Inkraftsetzung der Direktionsreform soll nach nötigen den Gesetzesanpassungen auf den 1. Januar 2021 erfolgen.
286-2015 M	Wälchli (Obersteckholz, SVP) Gemeinsame Kriterien zum nachhaltigen Schutz der Wässermatten im Oberaargau ausarbeiten	27.01.2016 Punktwise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2018	Die Erarbeitung einer kantonalen Überbauungsordnung (KÜO) zum nachhaltigen Schutz der Wässermatten erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Wässermatten-Stiftung, den Wässerbauern sowie den Gemeinden. Dabei wird der Regierungsrat prüfen, wie weit verträgliche und verhältnismässige Kriterien für den Schutz der Wässermatten zu erlassen sind. Die Planungsarbeiten wurden in Auftrag gegeben und das Projekt im Herbst 2016 gestartet.
311-2015 M	Müller (Bern, FDP) Freiheitsstrafe bei Gewalt gegen Beamte	27.01.2016 Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat hat die Standesinitiative bei der Bundesversammlung am 19. Oktober 2016 eingereicht (Geschäft 16.317). Die zuständige Kommission hat das Geschäft noch nicht beraten.
312-2015 M	Müller (Bowil, SVP) Gesetzliche Grundlagen für einen Verwaltungskreiswechsel.	13.09.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Das Anliegen wird im Rahmen der anstehenden Evaluation der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) geprüft. Der Grosse Rat wird im Jahr 2018 die Ergebnisse dieser Evaluation zu Kenntnis nehmen können, offen ist zurzeit in welcher Session.
313-2015 M	BaK (Kropf, Bern, Grüne) Besserer Schutz vor trölerischen Eingaben	13.09.2016 Annahme	31.12.2018	Der bessere Schutz vor trölerischen Eingaben wird im Rahmen des Projektes «Revision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege» zurzeit von der JGK vertieft geprüft.
017-2016 M	Kohli (Bern, BDP) Gegenseitige Zulassung der freiberuflichen Notare	13.09.2016 Annahme	31.12.2018	Die JGK hat eine Projektorganisation eingesetzt, die nun bis Herbst 2017 eine Auslegeordnung zu den möglichen Revisionspunkten vornimmt. Nachdem sich der Regierungsrat mit dem Ergebnis der Auslegeordnung befasst hat, werden anschliessend die Revisionsarbeiten des Notariatsgesetzes (NG; BSG 169.11) in die Wege leiten. Diese Arbeiten erfolgen in Koordination mit dem Vollzug der Motion 113-2015 und der Motion 138-2015.
165-2016 M	SiK (Wenger, Spiez, EVP) Vereinfachungen für die Unterbringung von Kindern bei Gastfamilien	30.11.2016 Ziffer 1: zurückgezogen Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme	31.12.2018	Die Prüfung des Anliegens erfolgt im Rahmen des Projekts «Optimierung der ergänzenden Hilfen im Kanton Bern». Der Regierungsrat soll Anfang 2017 vom Bericht Kenntnis nehmen und die nötigen Beschlüsse für die schrittweise Umsetzung der im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen fassen.
169-2016 M	Streit-Stettler (Bern, EVP) Neue Abgeltungsmodelle im Kindes- und Erwachsenenschutzbereich: Präventivarbeit im KES-Bereich der Gemeinden weiterhin entschädigen	30.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Prüfung des Anliegens erfolgt im Rahmen des Projekts «Optimierung der ergänzenden Hilfen im Kanton Bern». Der Regierungsrat soll Anfang 2017 vom Bericht Kenntnis nehmen und die nötigen Beschlüsse für die schrittweise Umsetzung der im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen fassen.

Volkswirtschaftsdirektion (VOL)

049-2013 M	Sollberger (Bern, glp) Die Entscheidungskompetenz über gastgewerbliche Bewilligungen soll auf Gesuch hin den Städten und grösseren Gemeinden übertragen werden können	11.09.2013 Annahme als Postulat	31.12.2017	Eine Expertengruppe, in der die betroffenen Interessengruppen Einsitz haben, prüft das Anliegen und erarbeitet die Grundlagen zu einem Entscheid für eine mögliche Änderung des Gastgewerbegesetzes.
176-2013 P	Meyer (Roggwil, SP)	27.01.2014 Annahme	31.12.2016	Fachliche Vorabklärungen werden mit dem Bernischen Kantonalen Fischereiverband vorgenommen und auf ihre Vereinbarkeit mit der Antwort des Regierungsrates geprüft.
167-2014 M	Guggisberg (Kirchlindach, SVP) Belegstationen mit Schutzzonen für die Zucht von Bienenköniginnen	10.06.2015 Annahme	31.12.2017	Der Schutz der Belegstellen für die Bienenzucht erfordert nur eine ganz untergeordnete Änderung des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (KLwG). Deshalb wurde vorerst geprüft, ob sich dieses Anliegen zusammen mit andern umsetzen liesse. Dies war nicht der Fall, so dass nun eine Vernehmlassungsvorlage in Ausarbeitung ist, die ausschliesslich die Umsetzung der Motion zum Gegenstand hat.
026-2015 M	Haas (Bern, FDP) Untere Altstadt von Bern als Tourismusgebiet anerkennen	15.09.2015 Annahme	31.12.2017	Eine Anpassung des Gesetzes über Handel und Gewerbe befindet sich bis Ende Januar 2017 in der Vernehmlassung.
124-2015 M	Vogt (Oberdiessbach, FDP) Gastgewerbliche Einzelbewilligungen für kleine Anlässe sind unnötig	27.01.2016 Annahme	31.12.2018	Eine Expertengruppe, in der die betroffenen Interessengruppen Einsitz haben, prüft das Anliegen und erarbeitet die Grundlagen für eine Präzisierung des Vollzugs.
218-2015 M	Graber (Horrenbach, SVP) Gewerbegrenze generell auf 0,6 SAK festlegen	02.06.2016 Annahme	31.12.2018	Eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über das bäuerliche Boden- und Pachtrecht ist seit dem 16. Januar 2017 in der Vernehmlassung. Die 1. Lesung soll in der Novembersession 2017 stattfinden.
002-2016 M	Messerli-Weber (Nidau, EVP) Weg mit alten Zöpfen – Für eine Aufhebung des Kaminfeigermonopols	13.09.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Eine Expertengruppe, in der die betroffenen Interessengruppen Einsitz haben, ist daran zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine politisch verträgliche Lockerung des Kaminfeigermonopols umgesetzt werden kann.
084-2016 M	Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP) „More than Honey“: Pilotprojekt zur Stärkung der Bienengesundheit	24.03.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Massnahmenplan zur Förderung der Bienengesundheit des Bundes wird abgewartet, um danach abzuklären, ob und allenfalls wo allenfalls in der Schweiz ein Projekt ideal lanciert werden kann.

Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF)

260-2012 M	Studer (Niederscherli, SVP) Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe	05.09.2013 Annahme	31.12.2015	Mit der Umsetzung der ASP-Massnahmen (Kürzung der Integrationszulagen und Nichtgewährung der Teuerung auf dem Grundbedarf für den Lebensunterhalt) wurde ein Teil des geforderten Sparpotentials bereits im Jahr 2014 realisiert. Weitere Massnahmen wurden mit der Einföhrung der Direktionsverordnung vom 28. August 2015 über die situationsbedingten Leistungen (SILDV; BSG 860.111.1) per 1. Oktober 2015 und mit der Revision der Verordnung vom 24. Oktober 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, SHV; BSG 860.111) ergriffen. Zudem werden im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG; BSG 860.1) die Ausgestaltung des Anreizsystems und der Leistungshöhe diskutiert.
045-2013 M	Steiner-Brütsch (Langenthal, EVP) Einföhrung einer Praxisbewilligung im Kanton Bern	09.09.2013 Annahme als Postulat	31.12.2017	Die Bearbeitung des Prüfauftrages hat sich aufgrund von personellen Engpässen im zuständigen GEF-Amt verzögert. Der enge Zeitplan konnte deshalb nicht eingehalten werden. Der Bericht wird per Ende 2017 erarbeitet.
276-2013 M	Steiner-Brütsch (Langenthal, EVP) Vergleichbarkeit von Stellenplänen und Abgeltungstarifen bei Behinderteninstitutionen	20.03.2014 Annahme als Motion	31.12.2018	Das Anliegen der Motion, bei Behinderteninstitutionen für Erwachsene vergleichbare Stellenpläne und Einheits-tarife einzuföhren, wird im Rahmen der Umsetzung des Behindertenkonzepts aufgenommen. Bis zum Inkrafttreten der revidierten Sozialhilfegesetzgebung (geplant per 1.1.2020) wird der Systemwechsel in Form von Pilotprojekten vorbereitet. So wurden bis Ende 2016 rund 500 Personen mit einem standardisierten Verfahren abgeklärt und ein individueller behinderungsbedingter Bedarf zugesprochen. Gestützt auf die persönliche Kostengutsprache und einer Subjektfinanzierung mittels Normkosten leben und arbeiten diese Menschen bereits mit der Freiheit der Wahl zwischen Institution und Assistenz zur Deckung ihres behinderungsbedingten Bedarfs. Im Pilotprojekt werden die Steuerungsinstrumente laufend optimiert und der Teilnehmerkreis zunehmend erweitert.

335-2013 M	Blaser (Steffisburg, SP) Berufsbildungsfeindliche Praktikumskultur an Kindertagesstätten!	02.06.2014 Annahme als Postulat	31.12.2018	Im Rahmen der Umsetzung von Betreuungsgutscheinen (per 2019) werden entsprechende Massnahmen geprüft.
051-2014 M	Müller (Bowil, SVP) Die Finanzkompetenz des Regierungsrates ist zu korrigieren!	19.11.2014 Annahme als Postulat	31.12.2018	Im Rahmen der Revision des SHG wird geprüft, ob die Finanzkompetenzen des Regierungsrates angepasst werden sollen. Bei dieser Revision werden auch die laufenden Abklärungen zur Infrastrukturfinanzierung berücksichtigt, welche im Gang sind und auch im Behindertenbereich voraussichtlich zu einer Systemänderung führen werden (Wechsel von der Finanzierung über Investitionsbeiträge zu Infrastruktur-Pauschalen). Die Inkraftsetzung des totalrevidierten SHG ist für das Jahr 2020 vorgesehen.
059-2014 M	SP-JUSO-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen) Unterstützung für pflegende Angehörige	19.11.2014 Annahme als Postulat	31.12.2018	Auf einen Teil der in der Motion aufgeworfenen Fragen wurde im Bericht zur Alterspolitik im Kanton Bern 2016 eingegangen. Zur Unterstützung und Entlastung betreuender Angehöriger werden als Schlüsselemente der kantonalen Alterspolitik vom Kanton z.B. folgende Leistungsangebote mitfinanziert: Tagesbetreuung von Menschen mit Demenz; „Case Management für Menschen mit Demenz“, „Entwicklung und Qualifizierung von Demenz Coaches“ sowie die Entwicklung eines Konzepts zum „Aufbau von Sorge- und Versorgungsnetzwerken in Pilotregionen im Kanton Bern“ als drei praxisgebundene Forschungsprojekte des Zentrum Schönberg; kantonsweiter Ausbau von Informationsplattformen als wichtiger Bestandteil in der Unterstützung pflegender Angehöriger; Vernetzungsleistungen sowie Leistungsangebote der Spitex. Weitere Ansätze zur Unterstützung von betreuenden und pflegenden Angehörigen sollen im Rahmen der Abklärungen zum Postulat 262-2014 geprüft werden. Dieses fordert, das Modell der Zeitvorsorge für den Kanton Bern zu prüfen. Dabei handelt es sich um ein innovatives Modell zur Förderung von unentgeltlichem freiwilligem Engagement in der Betreuung betagter, zu Hause lebender Menschen.
146-2014 M	Zuber, Moutier (PSA) Für eine interjurassische psychiatrische Institution	17.11.2014 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Forderungen werden im Nachgang des Projekts zur Verselbstständigung der kantonalen Psychiatriebetriebe geprüft. Da verschiedene wichtige Entscheide zur zukünftigen Struktur der Réseau Santé Mentale SA noch ausstehen, kann diese Prüfung erst ab Mitte 2017 erfolgen.
152-2014 M	Guggisberg (Kirchlindach, SVP) Gelegentliches Kiffen verändert das Gehirn	17.11.2014 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziff. 3: Annahme Ziff. 4 Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2018	Fristverlängerung Ziffer 1: Seit der Überweisung der Motion wurden im Kanton Bern keine Anträge auf Ausnahmebewilligungen für Cannabispilotprojekte eingereicht. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Monaten ein Antrag für ein Projekt in der Stadt Bern beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) eingehen wird. Sollte ein Antrag für ein Projekt im Kanton Bern gestellt werden, sind zu diesem Zeitpunkt mögliche Massnahmen abzuklären. Ziffer 3 (erfüllt): Im Jahr 2014 erging ein Schreiben an das BAG, in welchem sich der Regierungsrat dafür einsetzt, dass allfälligen Bewilligungen von Pilotprojekten zur Errichtung von Cannabis-Klubs eine Absage erteilt wird.
166-2014 M	Schnegg (Champoz, SVP) Mehr Effizienz im Rettungswesen	16.03.2015 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Motion Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2017	Im Hinblick auf die Leistungsverträge 2017 wurden den Rettungsdiensten mehrjährige Verträge vorgeschlagen, was bislang mehrheitlich auf Ablehnung stiess. Der Kanton ist für die Sicherstellung der Rettungsleistungen verantwortlich. Damit die Rettungsdienste ihren Verpflichtungen z.B. gegenüber ihrem Personal nachkommen können, ist es notwendig, ihre Liquidität sicherzustellen.
176-2014 M	Müller (Langenthal, SP) Unnötige aufwändige Administrationsverfahren in den Sozialdiensten im Kanton Bern einsparen	18.03.2015 Annahme	31.12.2017	Im Projekt «Familienzulagen für nichterwerbstätige Sozialhilfebeziehende» arbeiten zurzeit Vertreterinnen und Vertreter der JGK, der Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB), der Berner Konferenz für Sozialhilfe und Erwachsenenschutz (BKSE) und der GEF an der Lösungsfindung. Ein Variantenentscheid zur Wahl der Lösung ist für Ende 2017 vorgesehen. Die Dauer der Umsetzungsphase hängt von der gewählten Lösung ab.
235-2014 M	Von Kaenel (Villeret, FDP) Kantonspauschalen für Sachbearbeiter von Sozialdiensten sollen nur Löhne und Sozialabgaben decken	21.01.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Mit der Inkraftsetzung der Teilrevision des SHG per 1. Januar 2017 wird neu eine leistungsbezogene Abgeltung eingeführt. Es werden nicht mehr Vollzeitstellen finanziert, sondern Leistungen. Pro bearbeiteten Fall erhalten die Sozialdienste eine Pauschale, mit der die Besoldungs- und Weiterbildungskosten des Personals des Sozialdienstes abgedeckt sind.
249-2014 M	Mühlheim (Bern glp) Gleich lange Spiesse auch in der Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzte	09.06.2015 Annahme	31.12.2017	Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie werden zurzeit konkrete Lösungsvorschläge für die Steuerung und Finanzierung der ärztlichen und pharmazeutischen Weiterbildung erarbeitet.

252-2014 M	Rufener (Langenthal, SVP) Familienexterne Kinderbetreuung aus einer Hand – Augenmass bei der kantonalen Regulierung	09.06.2015 Ziff. 1: Annahme als Postulat Ziff. 2 und 3: Annahme Ziff. 4: Annahme als Postulat Ziff. 5 bis 7: Annahme	31.12.2017	Die in den Ziffern 1, 2, 4 und 7 geforderten Zusammenführungen müssten sinnvollerweise im Rahmen der Umsetzung der Motion 269-2015 Luginbühl (Krattigen, BDP): Neuorganisation der Direktionen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2018-2022 erfolgen. Weiter wird eine möglichst einheitliche Steuerung im familien- und schulergänzenden Bereich gefordert. Mit der Umsetzung von Betreuungsgutscheinen (geplant per 2019) kann die Forderung teilweise aufgenommen werden, indem es im Kanton Bern keine Unterscheidung zwischen privaten und subventionierten Kindertagesstätten (Kitas) mehr geben wird und somit eine einheitliche Lösung bezüglich Aufsicht und Bewilligung im Bereich der Kitas zwingend ist. Bei der Umsetzung der künftigen Lösung bezüglich Aufsicht und Bewilligung wird Ziffer 3 der Motion zu beachten sein. Ziffer 5 fordert eine massvolle Anhebung des Betreuungsschlüssels. Im Bereich Kitas und Tagesfamilien wird diese Forderung per 2017 mit einer Anpassung der ASIV umgesetzt. Zur Forderung von Ziffer 6 sind keine Massnahmen geplant, da bereits heute eine Lehre als Fachperson Betreuung genügt, um als qualifizierte Betreuungsperson in einer Kindertagesstätte zu arbeiten.
254-2014 M	Zybach (Spiez, SP-JUSO-PSA) Umsetzung des elektronischen Patientendossiers (EPDG) in Kanton Bern	09.06.2016 Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Regierungsrat prüft aktuell die Forderungen gemeinsam mit den Leistungserbringern des bernischen Gesundheitswesens und anderen Stakeholdern im Rahmen des Projektes BeHealth.
262-2014 P	Vanoni (Zollikofen, Grüne) Zeitvorsorge, ein innovatives Modell zur Förderung von unentgeltlichem Engagement in der Betagtenbetreuung – auch im Kanton Bern?	09.06.2015 Annahme	31.12.2017	Die Abklärungen, ob und wie Zeitvorsorge-Modelle im Kanton Bern gefördert werden können, sind umfangreich und befinden sich noch in der Anfangsphase. Es ist geplant, die Funktionsweise solcher Angebote, die Rolle des Kantons und die sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen in einem Bericht festzuhalten. Angesichts der knappen personellen Ressourcen, auf welche bereits in der Vorstossantwort hingewiesen wurde, wird die Ausarbeitung des Berichts voraussichtlich noch mehr Zeit beanspruchen.
264-2014 M	Müller (Orvin, SVP) Zweckentfremdete Verwendung der Gelder aus dem Lastenausgleich durch die Gemeinden	18.03.2015 Annahme	31.12.2017	Mit der Inkraftsetzung der SHV-Teilrevision per 1. Januar 2017 wird neu eine leistungsbezogene Abgeltung eingeführt. Es werden nicht mehr Vollzeitstellen finanziert, sondern Leistungen. Pro bearbeiteten Fall erhalten die Sozialdienste eine Pauschale. Mit der Pauschale sind die Besoldungs- und Weiterbildungsaufwendungen des im Bereich der individuellen Sozialhilfe und der Alimentenhilfe tätigen Personals abzugelten. Die Höhe der Pauschale basiert auf der Anzahl der bearbeiteten Fälle, dem 2015 über den Lastenausgleich finanzierten Besoldungskostenvolumen und dem aktuellen Personalbestand.
278-2014 M	Müller (Bern, FDP) Für die Vermeidung kostentreibender Fehlanreize in der Sozialhilfe	09.06.2015 Ziff. 1: Annahme als Postulat Ziff. 2: Annahme	31.12.2017	Die Arbeiten zur Prüfung von Ziffer 1 sowie zur Umsetzung von Ziffer 2 wurden in die Wege geleitet. Insbesondere sollen stärkere Anreize für sparsames Handeln der Gemeinden gesetzt werden. Dies würde eine Änderung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen erfordern.
033-2015 M	Mühlheim (Bern, glp) Handlungsbedarf bei der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Sozialhilfe	14.09.2015 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: zurückgezogen	31.12.2017	Die GEF hat zur Umsetzung der Motion eine entsprechende Richtlinie ausgearbeitet (Bernische Systematische Information Gemeinden (BSIG)). Diese befindet sich derzeit in Konsultation.
034-2015 M	Zumstein (Bützberg, FDP) Koordiniertes Vorgehen mit einer kantonalen Gesundheitsstrategie	09.06.2015 Annahme	31.12.2017	In der ersten Hälfte 2016 hat sich die Gesundheits- und Sozialkommission (GSOK) mit dem Thema befasst. Direktionsintern wird das weitere Vorgehen im Verlauf des Jahres 2017 festgelegt.
075-2015 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Kosten der Sozialhilfe durch neuen Verteiler im Lastenausgleich bremsen und verursachergerechter verteilen	24.11.2015 Ziff. 1 bis 4: Annahme als Postulat Ziff. 5: zurückgezogen	31.12.2017	Die Arbeiten zur Prüfung der Ziffern 1 bis 4 wurden in die Wege geleitet. Insbesondere sollen stärkere Anreize für sparsames Handeln der Gemeinden geprüft werden. Dies würde eine Änderung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen erfordern.
107-2015 M	Zybach (Spiez, SP) Für eine koordinierte und vernetzte Gesundheitsversorgung im Kanton Bern -Erarbeitung einer kantonalen E-Health-Strategie	24.11.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Der Regierungsrat prüft aktuell die Forderungen gemeinsam mit den Leistungserbringern des bernischen Gesundheitswesens und anderen Stakeholdern im Rahmen des Projektes BeHealth.
109-2015 M	Schnegg-Affolter (Lyss, EVP) Für eine wirkungsvolle Familienpolitik	24.11.2015 Annahme	31.12.2017	Zu den geforderten Punkten soll im Rahmen der nächsten Berichterstattung im Bereich Familienpolitik, die alternierend zum Sozialbericht alle vier Jahre erstellt wird, Auskunft erteilt werden.

157-2015 M	Herren-Brauen (Rosshäusern, BDP) Ist sparen in der Sozialhilfe auch mal nicht auf dem Buckel der Klienten möglich?	26.01.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Arbeiten zur Prüfung des Sparpotentials laufen: Im Jahr 2016 führten die beiden Sozialdienste Bern und Köniz im Auftrag der GEF ein Pilotprojekt durch. In diesem Rahmen wird geprüft, ob mit einer gezielten Wahl der Franchise bei Sozialhilfebeziehenden mit guter Gesundheit (Wahl Franchise CHF 2'500.-) Einsparungen in der Sozialhilfe erzielt werden können. Die Ergebnisse des Pilotprojektes werden im März 2017 vorliegen.
158-2015 M	Brönnimann (Mittelhäusern, glp) Gleiche Vollzugsstandards für Sozialhilfe im ganzen Kanton Bern	26.01.2016 Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2a: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 2b: abgelehnt Ziffern 2c,2d,2e: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffern 4a,4b,4c,4d: Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Arbeiten zur Prüfung der Ziffern 1, 2c, 2d und 2e wurden in die Wege geleitet. Anpassungen würden eine Änderung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen erfordern. Betreffend die Ziffern 3, 4a, 4b, 4c, 4d wird derzeit die Einführung des geforderten Sozialinspektorats hinsichtlich Ausgestaltung und Finanzierbarkeit geprüft.
162-2015 M	Seiler (Trubschachen, Grüne) Radikale Reduzierung professionell verordneter und verabreichter Gewalt	26.01.2016 Annahme als Postulat	2018	Die Fragestellung wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe der GEF mit externen Experten geprüft und in Form eines Berichtes bis Ende 2017 beantwortet und dem Grossen Rat vorgelegt werden.
236-2015 M	Müller (Langenthal, SP) Auswirkungen eines Vermögensverzichts regeln	17.03.2016 Ziff. 1: abgelehnt Ziff. 2: Annahme Ziff. 3: zurückgezogen	31.12.2018	Die Annahme von Ziffer 2 bedingt eine neue Regelung in der SHV. Der Zeitpunkt dieser Anpassung wurde noch nicht festgelegt.
278-2015 M	Müller (Orvin, SVP) Kostensenkung über mietrechtliche Anpassungen	26.01.2016 Ziff. 1: zurückgezogen Ziff. 2 und 3: Annahme als Postulat	31.12.2018	Die GEF hat verschiedene Lösungsvarianten skizziert. Die Finanzierung von Mietfachstellen oder ähnlichen Projekten bis zum Maximalbetrag der Einsparungen würde in der Praxis zu erheblichen Vollzugsproblemen und einem ungünstigen Kosten-Nutzen Verhältnis führen. Das durch den Verein seeland.biel/bienne lancierte und von der GEF mitfinanzierte Projekt «Mietpraxis für Sozialhilfebeziehende» soll aufzeigen, wie regional koordinierte Mietzinslimiten festgelegt und vollzogen werden können. Es bietet somit einen wertvollen Ansatz für einen sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht ressourcenbewussten Umgang mit Wohnkosten in der Sozialhilfe. Ergebnisse werden in der ersten Jahreshälfte 2017 erwartet.
284-2015 M	Amstutz (Schwanden-Sigriswil, SVP) Regionale Zuteilung der Pflegeheimplätze neu regeln	07.06.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Dies soll im Rahmen der zukünftigen Pflegeheimplanung (derzeit ist das Kontingent ausgeschöpft) berücksichtigt werden. Aufgrund der heutigen Situation ist eine neue Planung nicht vor 2019/2020 zu erwarten.
007-2016 M	Imboden (Bern Grüne) Modernisierung und Weiterentwicklung von Geburtshäusern unterstützen	16.03.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2018	Ziffer 2: Das Geburtshaus Luna hat der GEF ein Gesuch um Investitionshilfe gestellt.
009-2016 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Einheitliche Finanzierung für alle Formen der Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen	13.09.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 1 bis 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: zurückgezogen	31.12.2018	Die Finanzierung der stationären Platzierungen von Kinder und Jugendlichen wird im Rahmen der laufenden Arbeiten im Projekt «Optimierung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung» überprüft. Zielsetzung dieses Projektes ist es, die Finanzierung- und Aufsichtsstrukturen der ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung zu verbessern. Ein Fachbericht mit Leitsätzen zum neuen Finanzierungs- und Aufsichtsmodell wird dem Regierungsrat im ersten Quartal 2017 zur Kenntnis gebracht.

010-2016 M	Brunner (Hinterkappelen, SP-JUSO) Rechtliche Grundlage für Motivationsbatzen schaffen	16.03.2016 Ziff. 1: Annahme Ziff. 2: Annahme als Postulat Ziff. 3: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2018	Die POM wird ihre Direktionsverordnung über die Bemessung der Sozialhilfeleistungen für Personen des Asylbereichs (DV POM; 860.611.1) so anpassen, dass die Asylsozialhilfestellen die Motivationszulage ausrichten können. Die Mittel werden danach jährlich zwischen POM und GEF abgerechnet. Die konkrete Umsetzung (welche Massnahmen, welcher Umfang berechtigen zu einer Zulage?) sind derzeit noch in Erarbeitung, so dass die Umsetzung erst im Verlauf des 1. Semesters 2017 erfolgen kann.
026-2016 M	Lüthi (Burgdorf, SP-JUSO) Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen	13.09.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Erarbeitung und Umsetzung einer Harmonisierung dieser Bereiche ist ein Grossprojekt. Es besteht eine Schnittstelle zur überwiesenen Motion 269-2015 Luginbühl-Bachmann (Krattigen, BDP): Neuorganisation der Direktionen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2018-2022. Die Vorarbeiten werden im Jahr 2017 an die Hand genommen werden.
039-2016 P	Stucki (Bern, SP-JUSO) Bedarfsabklärung für eine Notunterkunft für Mädchen und junge Frauen (14-20 Jahre) im Kanton Bern	13.09.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Bedarfsabklärung soll durchgeführt werden.
054-2016 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Sozialhilferechtliche Rückerstattungspflicht nach Erbschaften besser durchsetzen	30.11.2016 Annahme als Motion	31.12.2018	Das Anliegen des Motionärs erfordert eine Anpassung des Sozialhilfegesetzes. Die GEF wird im Rahmen der SHG-Revision Massnahmen ausarbeiten, die eine optimierte und systematische sozialhilferechtliche Rückerstattung ermöglichen.
056-2016 M	Müller (Orvin, SVP) Wirtschaftliche Integration durch obligatorischen Spracherwerb	30.11.2016 Annahme als Motion	31.12.2018	Die GEF prüft die Umsetzung der Anliegen des Motionärs im Rahmen einer Anpassung des Gesetzes über die Integration der ausländischen Bevölkerung (IntG; 124.1) sowie der Verordnung über die Integration der ausländischen Bevölkerung (IntV; 124.111).
147-2016 M	Guggisberg (Kirchlindach, SVP) Die Zuteilung der Gemeinden innerhalb der drei Krankenkassenprämienregionen muss angepasst werden.	30.11.2016 Annahme als Motion	31.12.2018	Der Regierungsrat nimmt die Möglichkeit zur Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren wahr und bringt die Anliegen der Motion sachgerecht ein.
155-2016 M	Schöni-Affolter (Bremgarten, glp) Stationäre Gesundheitsversorgungsqualität im Kanton Bern- Wohin des Weges	30.11.2016 Annahme als Motion	31.12.2018	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion werden an die Hand genommen.
204-2016 M	Leuenberger, Trubschachen (BDP) Gerechte Prämienregionen für den Kanton Bern.	30.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Regierungsrat nimmt die Möglichkeit zur Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren wahr und bringt die Anliegen der Motion sachgerecht ein. Mit den aktuellen Daten kann das Anliegen des Postulats, die Regionen Emmental und Oberaargau in die tiefste Prämienregion einzuteilen, nicht unterstützt werden. Das Anliegen des Postulats kann mit den vorliegenden Daten nicht gestützt werden.
Finanzdirektion (FIN)				
023-2009 M	Bernasconi (Worb, SP) Überprüfung der Gehaltspolitik für das Kantonspersonal	10.09.2009 Punktweise beschlossen: Ziffer 1 und 3: Annahme als Postulat Ziffer 2: Ablehnung	10.09.2013	Der Regierungsrat plante die Realisierung der Vertrauensarbeitszeit für das oberste Kader und die damit verbundene teilweise Abgeltung der nicht mehr kompensierbaren Mehrarbeit im Rahmen der Teilrevision des Personalgesetzes per 1. Januar 2013. Diese Vorlage wurde jedoch zurückgezogen (RRB 0075/2012). Der Regierungsrat prüft das Anliegen zur Einführung der Vertrauensarbeitszeit nun erneut.

287-2009 M	FDP (Kneubühler, Nidau) Neue Personalgesetzgebung für den Kanton Bern	02.02.2011 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2 bis 4: Annahme als Postulat	31.12.2015	Ziffer 1: Der Regierungsrat plante die Realisierung der Vertrauensarbeitszeit für das oberste Kader und die damit verbundene teilweise Abgeltung der nicht mehr kompensierbaren Mehrarbeit im Rahmen der Teilrevision des Personalgesetzes per 1. Januar 2013. Diese Vorlage wurde aber zurückgezogen (RRB 0075/2012). Der Regierungsrat prüft das Anliegen zur Einführung der Vertrauensarbeitszeit nun erneut. Ziffer 2: Wurde im Rahmen der Teilrevisionen der Personalverordnung(PV) per 1. Januar 2013 und 1. Januar 2016 geregelt (Limitierung des Langzeitkontos). Ziffer 3: Der Grosse Rat hat die Abgangsentschädigungen im Rahmen der Verabschiedung der (indirekten) Revision des Personalgesetzes, welche per 1. August 2014 in Kraft getreten ist, restriktiver geregelt. Ziffer 4: Aufgrund einer vertieften Beurteilung hat sich die Reduktion des regierungsrätlichen Legiferierungsspielraums als nicht opportun erwiesen.
314-2009 M	Schärer (Bern, Grüne) Keine Treueprämien für Regierungsräte und Regierungsrätinnen	02.02.2011 Annahme als Postulat	31.12.2015	Die mit der geplanten Teilrevision des Personalgesetzes (PG) per 1. Januar 2013 beabsichtigte Aufhebung des Anspruchs auf Treueprämien für die Mitglieder des Regierungsrates konnte infolge Rückzugs der Vorlage (RRB 0075/2012) noch nicht realisiert werden. Das Anliegen soll Bestandteil der nächsten Revision des Personalgesetzes sein.
190-2012 M	SP-JUSO-PSA (Stucki, Bern) Ausländische Sportlerinnen und Künstlerinnen gerecht besteuern	26.03.2013 Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Anliegen der Motion sollte ursprünglich im Rahmen der Teilrevision des Steuergesetzes per 1. Januar 2016 behandelt werden. Im entsprechenden Vortrag an den Grossen Rat schlug der Regierungsrat jedoch vor, diese Motionen zusammen mit anderen steuerpolitischen Massnahmen in der nächsten Steuergesetzrevision zu behandeln. Die Vernehmlassung zur betreffenden Steuergesetzrevision 2019 wird voraussichtlich im 2. Quartal 2017 eröffnet.
191-2012 M	SP-JUSO-PSA (Stucki, Bern) Schluss mit Steuerbeschiss - Schluss mit Diebstahl am Volk	26.03.2013 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2 und 3: Annahme als Postulat	31.12.2017	Das Anliegen der Motion sollte ursprünglich im Rahmen der Teilrevision des Steuergesetzes per 1. Januar 2016 behandelt werden. Im entsprechenden Vortrag an den Grossen Rat schlug der Regierungsrat jedoch vor, diese Motionen zusammen mit anderen steuerpolitischen Massnahmen in der nächsten Steuergesetzrevision zu behandeln. Die Vernehmlassung zur betreffenden Steuergesetzrevision 2019 wird voraussichtlich im 2. Quartal 2017 eröffnet.
177-2013 M	Jost (Thun, EVP) Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Bern nutzen	28.01.2014 Annahme (Ziffer 3 unter gleichzeitiger Abschreibung)	31.12.2018	Die Motion verlangt Massnahmen betreffend Einsatz und Förderung von Open Source Software (OSS). Ziffern 1 und 6: Das Amt für Informatik und Organisation (KAIO) setzt wo möglich Open Source Software in der ICT-Grundversorgung ein, zuletzt ab 2017 die Bildbearbeitungssoftware GIMP. Die Ausschreibungen des KAIO werden OSS-kompatibel ausgestaltet, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). Ziffern 2 und 4: Die Publikation von OSS durch den Kanton ist gemäss einem vom Kanton in Auftrag gegebenen Gutachten zulässig. Die Schaffung einer Publikationsplattform für dafür in Frage kommende Fach- und Konzernapplikationen ist ab 2017 vorgesehen. Ziffer 5: Die Partnerkantone stehen einer OSS-Lizenzierung der Anwendung GERES mehrheitlich skeptisch gegenüber, weil sie befürchten, dass Kantone die Anwendung nutzen könnten, ohne sich an der gemeinsamen Wartung und Weiterentwicklung zu beteiligen.
155-2014 M	Schnegg (Champo, SVP) Mehr finanziellen Handlungsspielraum für den Kanton Bern	04.06.2015 Annahme als Postulat	31.12.2017	Angesichts der stark eingetrübten finanzpolitischen Perspektiven, der unsicheren weiteren finanziellen Entwicklung sowie der bislang nicht nachhaltig gegenfinanzierten Ertragsausfälle seiner Steuerstrategie beschloss der Regierungsrat im November 2016 die Erarbeitung eines Entlastungspaketes. Im Zuge der in diesem Zusammenhang vorzunehmenden Arbeiten wird der Regierungsrat u.a. auch die Umsetzung des vorliegenden Vorstosses prüfen.
003-2015 M	Etter (Treiten, BDP) Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für den Kanton Bern	08.06.2015 Annahme	31.12.2017	Der Regierungsrat wird die konkreten Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III (USR III) auf den Kanton Bern im Rahmen der Steuergesetzrevision 2019 aufzeigen können, zu welcher voraussichtlich im 2. Quartal 2017 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet wird.
165-2015 M	EVP (Kipfer, Münsingen) Nach ASP nun eine Verwaltungs- und Effizienzüberprüfung	19.01.2016 Annahme	31.12.2018	Der Regierungsrat wird die Umsetzung der vorliegenden Motion im Rahmen des von ihm im November 2016 angekündigten Entlastungspaketes an die Hand nehmen.
169-2015 M	Aeschlimann (Burgdorf, EVP) Bauvorhaben von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons sollen die Ziele der Raumordnungspolitik berücksichtigen	19.01.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Der Regierungsrat bringt die Anliegen der kantonalen Raumordnungspolitik im Rahmen seiner Möglichkeiten laufend bei den Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons ein und prüft bei der Überarbeitung von Eigentümerstrategien, ob eine raumordnungspolitische Zielsetzung aufgenommen werden soll.

012-2016 FM	FDP (Haas, Bern) Notwendige Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche und juristische Personen	15.03.2016 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2 und 3: Annahme	31.12.2018	In seinem Vortrag an den Grossen Rat zum VA und AFP 2017 bis 2020 begründete der Regierungsrat einlässlich, weshalb er auf die Berücksichtigung der aus der Umsetzung der überwiesenen Ziffern 2 und 3 der vorliegenden Finanzmotion verzichtet hat. Vordringliches Ziel des vom Regierungsrat im November 2016 angekündigten Entlastungspakets ist es, dem Grossen Rat im kommenden August 2017 einen ausgeglichenen Voranschlag 2018 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021 vorzulegen. Darüber hinaus will der Regierungsrat auch die nachhaltige Finanzierung seiner Steuerstrategie sicherstellen. Zudem soll dem Grossen Rat auch aufgezeigt werden, welche Massnahmen für darüber hinaus gehende Steuerentlastungen notwendig wären. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat den Voranschlag 2018 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021, das Entlastungspaket sowie die Steuergesetzrevision 2019 gleichzeitig anlässlich der Novembersession 2017 vorlegen. Ziel ist es, den Grossen Rat zu diesem Zeitpunkt in die Lage zu versetzen, dass er eine finanz- und steuerpolitische Güterabwägung zwischen Steuersenkungen einerseits und einem Abbau von staatlichen Aufgaben, Leistungen und Personal andererseits vornehmen kann.
209-2015 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Steuern für juristische Personen jetzt senken	31.05.2016 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: zurückgezogen	31.12.2018	Der Regierungsrat beabsichtigt im Rahmen seiner Steuerstrategie die Steuerbelastung für juristische Personen zu reduzieren. Schwerpunkt der vom Regierungsrat am 24. August 2016 verabschiedeten Steuerstrategie bildet die gestaffelte Senkung der maximalen Gewinnsteuerbelastung. Die Umsetzung erfolgt mittels Steuergesetzrevision 2019, welche voraussichtlich in der Novembersession 2017 im Grossen Rat beraten wird.
283-2015 M	Trüssel (Trimstein, glp) Keine Konkurrenzierung von KMU durch den Kanton Bern	01.06.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Motion wurde mit dem Anliegen als Postulat angenommen, dass der Regierungsrat im Dialog mit der Finanzkommission die einzelnen Kantonsbeteiligungen hinterfragt. Die Arbeiten rund um die Neuzuteilung der kantonalen Beteiligungen zum Finanz- und Verwaltungsvermögen infolge der Einführung von HRM2 / IPSAS wurden von den Direktionen zum Anlass genommen, insbesondere kleinere Beteiligungen zu überprüfen und gegebenenfalls deren Verkauf einzuleiten. Die Übersicht mit der Neuzuteilung der Beteiligungen ins Finanz- und Verwaltungsvermögen wurde der Finanzkommission unterbreitet.
304-2015 M	Pfister (Zweismmen, FDP) Schaffen wir zum Schutz der Mitarbeiter/-innen von ausgelagerten öffentlichen Betrieben eine Whistleblower-Kontaktstelle!!!	01.06.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die in der Motionsantwort erwähnte Revision entsprechender Bestimmungen des Obligationenrechts (OR), die es abzuwarten gilt, ist noch nicht verabschiedet. Die Botschaft des Bundesrats zu einer überarbeiteten Vorlage wird auf Mitte 2017 erwartet.
028-2016 M	Köpfli (Bern, glp) Unabhängige Informatik im Kanton Bern: Verkauf der Bedag Informatik AG	05.09.2016 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Ablehnung	31.12.2018	Die Projektarbeiten wurden aufgestartet und sind noch im Gange.
124-2016 M	Grüne (Imboden, Bern) Kantonales Beschaffungsrecht nachhaltiger ausgestalten!	21.11.2016 Annahme als Postulat	31.12.2018	Wie in der Vorstossantwort ausgeführt wird, kann die Bearbeitung dieses Vorstosses erst nach Abschluss der geplanten Totalrevision der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) erfolgen.
196-2016 M	Etter (Treiten, BDP) Änderung des Gesetzes über den SNB-Gewinnausschüttungsfonds (SNBFG)	29.11.2016 Annahme	31.12.2018	Die mit der Annahme der Motion verlangte Gesetzesänderung wird dem Grossen Rat voraussichtlich anlässlich der Junisession 2017 zur Beratung unterbreitet.

Justiz (JUS)

5 Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Titel	Datum	Kurzbeschreibung des Gegenstandes	Bearbeitungsstand	Status
Staatskanzlei (STA)				
Richtlinien der Regierungspolitik 2015-2018	19.01.2015	In den Richtlinien der Regierungspolitik ist unter Einbezug der demographischen Herausforderung ein Kapitel zu den Visionen über die Legislatur hinaus einzufügen.	Der Regierungsrat hat die entsprechenden Arbeiten im Hinblick auf die langfristigen Herausforderungen in Angriff genommen.	In Bearbeitung
Bericht E-Voting im Kanton Bern	31.03.2009	Der Kanton Bern soll die erforderlichen Massnahmen treffen, damit für die rund 12'000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus dem Kanton Bern das E-Voting eingeführt werden kann.	Seit Juni 2012 wird den stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern E-Voting bei eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen angeboten. In einem nächsten Schritt soll den stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern auch das elektronische Wählen ermöglicht werden.	In Bearbeitung
		Das Ausüben des Stimmrechts durch E-Voting soll allen Stimmberechtigten ermöglicht werden. Dabei ist im Rahmen interkantonaler Zusammenarbeit eine kostengünstige Lösung anzustreben. Sicherheitsaspekten ist eine hohe Priorität einzuräumen, und die Erfahrungen mit dem E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind zu berücksichtigen.	Wird nach 2018 umgesetzt.	In Bearbeitung
		Das Unterschreiben von Initiativen und Referenden auf einer elektronischen Plattform soll durch die Regierung geprüft werden.	Wird nach 2018 geprüft.	In Bearbeitung
Erziehungsdirektion (ERZ)				
Zusammenführung Zentrum Paul Klee (ZPK) und Kunstmuseum (KMB). Bericht des Regierungsrates zur Motion 028-2012 BDP (Etter, Treiten)	11.06.2013	Dem Grossen Rat ist ein umfassender Businessplan über das gesamte neue Gebilde ZPK/KMB vorzulegen.	Die Finanzplanung der Dachstiftung für den gesamten Betrieb ist in Erarbeitung. Ein Businessplan wird anschliessend möglich sein.	In Bearbeitung
Kulturpflegestrategie	22.01.2015	Überprüfung Bauinventar innert 5 Jahren und Reduktion auf 6%	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.	Erledigt
		Umnutzung erleichtern bei wirtschaftlich schlechter Tragbarkeit	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.	Erledigt
		Erleichterte Dämmung	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.	Erledigt
		Kritische Punkte mit Voranfrage und Begehung rechtzeitig thematisieren	Die Anliegen werden von der Kantonalen Denkmalpflege berücksichtigt.	Erledigt
		Interessenabwägung Hygiene, GVB, Bauphysik und Denkmalpflege	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.	Erledigt
		Förderung einer intensiveren Nutzung	Die Anliegen wurden in der Änderung vom 9. Juni 2016 des Baugesetzes teilweise berücksichtigt.	Erledigt
Kulturförderungsfonds. Jahresrechnung 2014	09.06.2015	Einlage in den Kulturförderungsfonds aus Staatsmitteln ab 2016 senken, gleich wie Aufwand für Betriebsbeiträge	Die Anliegen wurden berücksichtigt.	Erledigt
Bildungsstrategie 2016	16.03.2016	Digitale Medien haben einen wichtigen Platz im Unterricht. Der Kanton unterstützt die Gemeinden organisatorisch und prüft eine finanzielle Unterstützung bei den daraus erwachsenden zusätzlichen Lasten der Gemeinden	In Bearbeitung	In Bearbeitung

16.03.2016	Zunehmende Heterogenität stellt eine grosse Herausforderung im Bildungswesen dar. Erfolgreiche Individualisierung ist zentral für guten Unterricht. Dabei dürften digitale Lernmedien in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen	In Bearbeitung	In Bearbeitung
16.03.2016	In enger Zusammenarbeit mit Gemeinden, welche bei der frühen Förderung bereits gute Erfahrungen gemacht haben, initiiert der Kanton ein neues Projekt, welches Kindern aus weiteren Gemeinden einen erfolgreichen Schuleinstieg ermöglicht	In Bearbeitung	In Bearbeitung
16.03.2016	Chancengerechtigkeit bedeutet insbesondere auch, besonders starke und besonders schwache Schüler gleichermassen in ihren individuellen Bedürfnissen zu unterstützen. Der Kanton setzt die entsprechenden Mittel dafür ein	In Bearbeitung	In Bearbeitung
16.03.2016	Auf verbindliche Standards zur Verankerung der Genderperspektive in den Bereichen Lerninhalte, Unterricht, Schulentwicklung, Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen ist zu verzichten	Die Anliegen werden berücksichtigt.	Erledigt
16.03.2016	In Zusammenarbeit mit Gemeinden sind Projekte für Ganztags-schulen zu fördern	In Bearbeitung	In Bearbeitung
17.03.2016	Basale fachliche Studierkompetenzen in der Erstsprache und Mathematik sind zu sichern. Kompensation der basalen fachlichen Studierkompetenzen durch Leistungen in anderen Fächern oder Kompetenzbereichen ist nicht möglich	In Bearbeitung	In Bearbeitung
17.03.2016	Der Kanton setzt sich für die Überprüfung der Kompensationsmöglichkeiten in Mathematik und Erstsprache an der Maturitätsprüfung in den entsprechenden Gremien auf nationaler Ebene ein	In Bearbeitung	In Bearbeitung
17.03.2016	Bezüglich der Drittmittel, die Bildungsinstitutionen insbesondere für die Forschung akquirieren, sorgt der Kanton für klare Regeln.	In Bearbeitung	In Bearbeitung
16.03.2016	Bei den Übergängen zwischen Bildungsstufen sind zur Beurteilung der Anforderungen an den Unterricht insbesondere auch die Bedürfnisse der aufnehmenden Stufe zu berücksichtigen	In Bearbeitung	In Bearbeitung

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE)

Wasserstrategie	31.03.2011	1. Wassernutzung, Beschneigung	Bei der Umsetzung der Wassernutzungsstrategie erhält die künstliche Beschneigung gegenüber den anderen Wassernutzungen wie Trinkwassergewinnung, Wasserkraftnutzung usw. letzte Priorität. Dies wird bei konkreten Nutzungskonflikten berücksichtigt.	In Umsetzung
		Die Nutzung von Oberflächengewässern oder von Grundwasser zur Erzeugung von Kunstschnee ist in der Prioritätenliste gegenüber allen anderen Wassernutzungen an den Schluss zu setzen.		
	31.03.2011	2. Wassernutzung, Beschneigung	Die Planungserklärung wird in der Umsetzung der Wassernutzungsstrategie berücksichtigt. In den Nutzungskonzepten muss der geforderte Nachweis bezüglich ökologischer Verträglichkeit erbracht werden.	In Umsetzung
		Konzessionen zur Wassernutzung zur Erzeugung von Kunstschnee sind nur dann zu erteilen, wenn im Nutzungskonzept dargelegt werden kann, dass der Eingriff in den natürlichen Wasserhaushalt ökologisch vertretbar ist.		
	31.03.2011	4. Wassernutzung, Ausbaupotenzial Wasserkraft	Da im Rahmen der Wassernutzungsstrategie ein Ausbaupotenzial von mindestens 300 Gigawattstunden ermittelt wurde, ist mit der Umsetzung der Strategie implizit gewährleistet, dass dieses Ausbauziel auch erreicht werden kann. Mit den bisher erfolgten Ausbauten befindet man sich weiterhin auf Kurs.	In Umsetzung
		Die Wassernutzungsstrategie ist so umzusetzen, dass das für den Kanton Bern ermittelte Ausbaupotenzial von 300 Gigawattstunden erreicht werden kann.		

	31.03.2011	6. Wassernutzung, Ausbaupotenzial Wasserkraft Es sind vorab wirtschaftliche Wasserkraftwerkprojekte zu fördern.	In der Wassernutzungsstrategie ist die Priorisierung der Wasserkraftprojekte definiert. Die dafür entwickelten Werkzeuge garantieren, dass an den für die Wasserkraftnutzung vorgesehenen Gewässerabschnitten primär wirtschaftlich sinnvolle Projekte gefördert werden.	In Umsetzung
	31.03.2011	7. Wassernutzung/Wasserversorgung, Kommerzielle Nutzung von Quellen Die kommerzielle Nutzung von Quellen ist im Rahmen der Teilstrategie Wassernutzung und Wasserversorgung in die Interessenabwägung einzubeziehen.	Vor der Konzessionserteilung für Wasserfassungen (worauf sich die Planungsklärung bezieht) wird stets eine umfassende Interessenabwägung durchgeführt. Dies schliesst auch die Prüfung einer kommerziellen Nutzung mit ein.	In Umsetzung
	31.03.2011	8. Wasserversorgung, Beurteilung der Strukturen Zur Beurteilung der Strukturen sind die Aspekte Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit zwingend vor den Aspekt der Reduktion der Trägerschaften zu setzen.	Bei der Beurteilung der Organisationsstrukturen wird geprüft, ob gegenüber den Trägerschaften Mindestanforderungen festgelegt werden sollen. Die Mindestanforderungen zielen nicht darauf ab, eine Reduktion der Trägerschaften herbeizuführen. Im Vordergrund steht der Aspekt der Versorgungssicherheit.	In Umsetzung
	31.03.2011	9. Wasserversorgung, Zusammenarbeit Trägerschaften Es sind verschiedene Zusammenarbeitsformen unter den Wasserversorgern möglich. Die Zusammenarbeit ist freiwillig.	In der Wasserstrategie wird festgehalten, dass die Wasserversorger selbst bestimmen, wie sie sich organisieren. Verschiedene Zusammenarbeitsformen werden auf diese Weise ermöglicht. Dies wird auch bei der Umsetzung der Strategie berücksichtigt.	In Umsetzung
	31.03.2011	10. Wasserversorgung, Mindestanforderungen Trägerschaften Die Mindestanforderungen und Kennzahlen an die Wasserversorger, die in der Teilstrategie Wasserversorgung Kapitel 5.4.3 nicht abschliessend definiert sind, sind abschliessend zu ergänzen und zu definieren, und in das zu überarbeitende kantonale Wasserversorgungsgesetz aufzunehmen.	Die Mindestanforderungen und Kennzahlen sind definiert. Diejenigen Mindestanforderungen, die nicht bereits gesetzlich geregelt sind, sollen bei der nächsten Revision des Wasserversorgungsgesetzes vom 11. November 1996 (WVG; BSG 752.32) und der Wasserversorgungsverordnung (WVV; BSG 752.321.1) verankert werden.	In Umsetzung
Bericht BFH Standortkonzentration Berner Fachhochschule	22.03.2012	Ziff. 1 In der ersten Etappe soll am Standort Biel ein neuer Campus Technik als Neubau in der Nähe des Bahnhofs Biel geschaffen werden.	Als Standort vorgesehen ist das Feldschlössliareal in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Biel. Im Juni 2014 hat der Grosse Rat dem Projektierungskredit zugestimmt. Nach dem Entscheid zum Projektwettbewerb im August 2015 hat das Generalplanerteam planmässig mit der Projektierungsphase begonnen.	
	22.03.2012	Ziff. 2 Der Regierungsrat plant die Realisierung unter Beachtung der bildungspolitischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien sowie entsprechend den finanziellen Möglichkeiten.	Die Planungsklärung wird bei den Projektierungsarbeiten weiter berücksichtigt.	
	22.03.2012	Ziff. 3 Der Campus soll den gesamten Bereich Technik, Informatik, Architektur, Bau, Holz umfassen.	Gemäss Projektierung wird der Campus – mit Ausnahme von wenigen bisherigen Standorten mit Spezialnutzungen – den gesamten Bereich, Technik, Informatik, Architektur, Bau und Holz umfassen.	
	22.03.2012	Ziff. 4 Dem Parlament ist mit dem Projektierungskredit die geplante Realisierung aufzuzeigen. Der GR entscheidet und steuert über die Kreditbewilligung.	Im Juni 2014 hat der Grosse Rat dem Projektierungskredit zugestimmt. Der Ausführungskredit ist für das Jahr 2017 geplant.	

	22.03.2012	Ziff. 5	Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass optimale Voraussetzungen für den Nationalen Innovationspark in Biel geschaffen werden.	Der laufende Austausch zwischen der VOL (kantonale Federführung beim Projekt Swiss Innovation Park) und der BVE ist gewährleistet.
Haushaltsdebatte Themenblock 29: Liegenschaften	27.11.2013	Gebäudebewirtschaftung: Die gesamtstaatlichen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen im Bereich der Gebäudebewirtschaftung sind beim Amt für Grundstücke und Gebäude zu bündeln. Es ist sicherzustellen, dass ab 2017 für jedes Gebäude eine Liegenschaftsrechnung erstellt werden kann. Die Verbesserungen sollen weiter zu einer Optimierung der Prozesse und zu finanziellen Einsparungen führen. Weiter ist zu prüfen, inwiefern die bestehenden Liegenschaften für die jeweilige Nutzung geeignet sind und wie Verbesserungen erreicht werden können.	In der ersten Etappe vom Projekt IMMO-IT wurden die systemseitigen Grundlagen und Strukturen geschaffen, um alle für die Liegenschaftsrechnung relevanten Daten zu erfassen und auszuwerten. Das neue Flächen- und Instandhaltungsmanagement konnte planmässig in Betrieb genommen werden. Der Aufbau und die Bereinigung der Flächen- und Stammdaten wurden zeitgerecht bis Ende des Berichtsjahres abgeschlossen, damit im Jahr 2017 die ersten Auswertungen für die Liegenschaftsrechnung gemacht werden können.	
Energiestrategie 2006; Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011-2014 sowie neue Massnahmen 2015-2018	18.11.2015	Planungserklärung 2: Der Regierungsrat berücksichtigt bei der Umsetzung der Strategie, dass bereits mit der Energiegesetzrevision 2012 ein schweizweit fortschrittliches Gesetz erlassen worden ist. Er nimmt Rücksicht auf den kantonalen Finanzhaushalt, die Bedürfnisse der Wirtschaft, der Hauseigentümer- und Mieterschaft und stellt insbesondere sicher, dass Renovationen und Umbauten an bestehenden Gebäuden nicht unnötig erschwert oder massgeblich verteuert werden.	Die Forderungen wurden bei der Überführung der neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014 (MuKE 2014) ins kantonale Recht berücksichtigt. Die MuKE 2014 sehen bei Renovationen und Umbauten von einzelnen Gebäudeteilen wie Dach und Wänden an bestehenden Gebäuden keine Verschärfung vor. Bei Gesamtanierungen sollen die Anforderungen sogar gelockert werden. Dies wurde per 1.9.2016 in der kantonalen Energieverordnung umgesetzt.	
	18.11.2015	Planungserklärung 10: Der Regierungsrat stellt bei der Umsetzung der Strategie hinsichtlich dem Grossverbrauchermodell sicher, dass bei Neubauten weitere Befreiungstatbestände gem. Art. 42 KEnV möglich sind.	Das Anliegen deckt sich mit den neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014, die zusätzliche Befreiungen für die Grossverbraucher vorsehen. Mit der erfolgten Überführung der Mustervorschriften ins kantonale Recht wird die Umsetzung der Planungserklärung ermöglicht.	In Umsetzung
Polizei- und Militärdirektion (POM)				
Evaluation Police Bern – 1	11.09.2013	Die Organe der Gemeinden müssen befähigt werden, Identitätsabklärungen vornehmen zu können.	Im Rahmen der laufenden Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) werden die Aufgaben der Kantonspolizei resp. die Aufgabenteilung zwischen Kantonspolizei und Gemeinden überprüft.	In Bearbeitung
Evaluation Police Bern – 2	11.09.2013	Es ist zu prüfen, die Gemeinden gesetzlich zu ermächtigen, im Strassenverkehr und bei anderen niederschweligen Sachverhalten (Littering, Nachtruhestörungen usw.) Ordnungsbussen aussprechen zu können.	Im Rahmen der laufenden Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) werden die Aufgaben der Kantonspolizei resp. die Aufgabenteilung zwischen Kantonspolizei und Gemeinden überprüft.	In Bearbeitung
Evaluation Police Bern – 3	11.09.2013	Es sei im Rahmen der Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) zu prüfen, ob und in welchem Ausmass die Gemeinden bei der Zustellung von Zahlungsbefehlen und Gerichtsurkunden Leistungen bei der Kantonspolizei einkaufen können.	Im Rahmen der laufenden Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) werden die Aufgaben der Kantonspolizei resp. die Aufgabenteilung zwischen Kantonspolizei und Gemeinden sowie die Finanzierung mit den Betroffenen überprüft.	In Bearbeitung
Evaluation Police Bern – 4	11.09.2013	Es sei im Rahmen der Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) zu prüfen, ob und in welchem Ausmass die Gemeinden bei der Vornahme von Zuführungen Leistungen bei der Kantonspolizei einkaufen können.	Im Rahmen der laufenden Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) werden die Aufgaben der Kantonspolizei resp. die Aufgabenteilung zwischen Kantonspolizei und Gemeinden sowie die Finanzierung mit den Betroffenen überprüft.	In Bearbeitung

Haushaltsdebatte – ASP Massnahme 11.1 Stellenabbau Polizei (FIKO)	26.11.2013	Der Stellenabbau bei der Polizei soll deutlich weniger als 100 Stellen betragen. Das Sparpotential von CHF 12,7 Millionen (ab dem Jahr 2017) ist innerhalb der POM zu realisieren, allerdings zu mindestens 35 Prozent in den übrigen Ämtern (Generalsekretariat; Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt; Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär; Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Amt für Migration und Personenstand).	Von den ursprünglich 84 Stellen der Bestandserhöhung (Tranchen drei bis fünf) aus dem Projekt LOBENAR, wurde nun effektiv auf 54 Vollzeitstellen verzichtet, woraus ein Sparbetrag von CHF 8.2 Mio. resultierte.	Erledigt
Haushaltsdebatte – ASP Massnahme 11.1 Stellenabbau Polizei (Hadorn)	26.11.2013	Der Regierungsrat wird beauftragt, die Organisation der stationierten Polizei an die neue Verwaltungsorganisation anzupassen. In Zukunft dürfen keine Doppelspurigkeiten in den Führungsstrukturen vorkommen. Darum muss die Reduktion von Kaderstellen überprüft werden.	Die uniformierte Polizei ist in vier Polizeiregionen gegliedert und damit identisch organisiert wie die für die Zusammenarbeit wesentlichen Gerichtskreise und deutlich konzentrierter als die zehn Verwaltungskreise. Mit der auf den Personalbestand saldoneutralen Umsetzung des Laufbahnkonzepts werden die Anzahl der Kaderstellen überprüft und gegebenenfalls angepasst.	Erledigt
Haushaltsdebatte – ASP Massnahme 11.1 Verkehrserziehung (Gabi Schönenberger)	26.11.2013	Auf die in der ASP-Massnahme 11.1 vorgesehene Streichung der polizeilichen Verkehrserziehung durch uniformierte Kantonspolizisten ist zu verzichten. Die heute bestehende kantonale Grundversorgung (Kindergarten bis und mit Fahrradtest 6. Klasse) wird weitergeführt.	Im Rahmen der laufenden Totalrevision des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG; BSG 551.1) werden unter anderem die Aufgaben der Kantonspolizei überprüft. In diesem Zusammenhang soll gewährleistet werden, dass der Verkehrsunterricht weiterhin durch die uniformierte Polizei erfolgt.	In Bearbeitung
Das Asylwesen im Kanton Bern – Abklärungen der Obergerichtskommission – 1	19.03.2014	Die acht Empfehlungen der Obergerichtskommission gemäss Bericht sind innerhalb eines Jahres umzusetzen.	Mit der einstimmigen Kenntnisnahme des Berichts der GPK vom 13. August 2015 und der damit verbundenen Diskussionen hat der Grosse Rat an der Septembersession 2016 den Umsetzungsstand der Empfehlungen behandelt. Mit der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich konnte der Hauptkritikpunkt erledigt werden.	Erledigt
Das Asylwesen im Kanton Bern – Berichterstattung über die Umsetzung der acht OAK-Empfehlungen – 1	07.09.2015	Die POM baut ihre Asylstrategie auf der Grundannahme auf, dass die Situation im Flüchtlingswesen eine langfristig anhaltende Thematik geworden ist, welche den Aufbau von nachhaltigen Organisationsstrukturen sowie einer festen Infrastruktur erfordert.	Die genannte Grundannahme liegt der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich zugrunde, welche vom Grossen Rat an der Novembersession 2016 zur Kenntnis genommen wurde. Als Ziele nennt die Strategie u.a. die Regelung der Zuständigkeiten, das Sicherstellen der Schwankungstauglichkeit bei der Unterbringung sowie das Verbessern der Integration.	Erledigt
Das Asylwesen im Kanton Bern – Berichterstattung über die Umsetzung der acht OAK-Empfehlungen – 2	07.09.2015	Die Polizei und Militärdirektion (POM) bereitet eine Asylstrategie für das Asylwesen im Kanton Bern vor; sie wird dem Grossen Rat zur Behandlung in der März-Session 2016 vorgelegt.	Der Grosse Rat hat die Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich anlässlich der Novembersession 2016 zur Kenntnis genommen.	Erledigt
Das Asylwesen im Kanton Bern – Berichterstattung über die Umsetzung der acht OAK-Empfehlungen – 3	07.09.2015	Für die kommenden drei Jahre legt die POM der SiK ein Paket von aufeinander abgestimmten und zielgerichteten Sofortmassnahmen im Asylbereich vor. Diese basieren auf der Grundannahme, dass ein grosser Teil dieser heimatvertriebenen Menschen in unserem Kanton verbleiben wird.	Das Projekt Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern hat in die Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich gemündet, welche der Grosse Rat an der Novembersession 2016 zur Kenntnis genommen hat. Dabei gilt der Grundsatz „Integration von Beginn an“. Im 2016 wurde die Task Force Asyl aktiv und das Infoportal Asyl (www.be.ch/asyl) aufgeschaltet.	Erledigt
Das Asylwesen im Kanton Bern – Berichterstattung über die Umsetzung der acht OAK-Empfehlungen – 4	07.09.2015	Als kurzfristige Strategie, um für den grossen Flüchtlingsstrom gewappnet zu sein, bildet die POM zusammen mit den wichtigsten Gemeinden, Städten und Institutionen eine "Taskforce". Dies mit dem Ziel mehr Vertrauen und Transparenz zu schaffen und Planungssicherheit herzustellen.	Mit RRB 1303/2015 wurde im November 2015 die Task-Force «Unterbringung und Betreuung im Asylbereich» eingesetzt. Auf Grund der Erkenntnisse dieser Task Force hat der Regierungsrat die Polizei- und Militärdirektion im Juni 2016 ermächtigt, die Regierungsstatthalterinnen und -statthalter zu beauftragen, mit den Gemeinden geeignete Unterbringungsmöglichkeiten bereitzustellen.	Erledigt
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Allgemeines (1.1)	23.11.2016	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Ergebnisse der laufenden Pilotprojekte in die weiteren Arbeiten einfließen.	Es bestehen mehrere Pilotprojekte im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Sie sind jeweils mit der Absicht gestartet worden, daraus Erkenntnisse für das «Normalangebot» zu gewinnen.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Allgemeines (1.2)	23.11.2016	Bis zur Gesetzesrevision informiert der Regierungsrat die zuständigen Kommissionen über die Umsetzungskonzepte bei den wesentlichen inhaltlichen Meilensteinen.	Die Kommissionen wurden bis anhin informiert. Es ist geplant, weiterhin eine stufengerechte Kommunikation zu führen.	In Bearbeitung

NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Allgemeines (1.3.)	23.11.2016	Der Regierungsrat führt im Vortrag zum Gesetzesentwurf die mit der Strategie verbundenen Risiken transparent auf und benennt entsprechende Lösungsansätze.	Der Grosse Rat wird im Rahmen der Gesetzesvorlage mit den Risiken zu befassen sein.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Organisatorisches, Zuständigkeiten (2.1)	23.11.2016	Der Regierungsrat definiert im Gesetzesentwurf klare Zuständigkeiten und möglichst wenige Schnittstellen zwischen den Akteuren und baut Doppelspurigkeiten ab.	Gemäss der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich soll in Zukunft nur noch eine Richtung, nämlich die GEF, für die vorläufig aufgenommenen Personen sowie die Asyl- und Flüchtlingssozialhilfe zuständig sein. Die POM soll sich demgegenüber auf den Wegweisungsvollzug von Personen mit negativem Entscheid konzentrieren.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Organisatorisches, Zuständigkeiten (2.2)	23.11.2016	Der Regierungsrat stellt sicher, dass das Potential der Zivilgesellschaft (Freiwillige und Organisationen) besser genutzt werden kann.	Der vermehrte Einbezug der Zivilgesellschaft ist in der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich unter Ziffer 3.3.4, 3.4.2 und 4.2 bereits verankert. Eine Konkretisierung erfolgt im Rahmen der konzeptionellen Arbeiten.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.1)	23.11.2016	Der Regierungsrat konkretisiert auf geeigneter Ebene die Integrationsmassnahmen.	Eine Vertiefung der Integrationsmassnahmen ist beabsichtigt. Im Rahmen der laufenden Aktualisierung des «Kantonalen Integrationsprogramms» (KIP) werden die künftigen Ziele und Massnahmen im Integrationsbereich für Personen mit Migrationshintergrund im Auftrag des Bundes überprüft und wo erforderlich angepasst. Diese Eckwerte sind Grundlage für die konkrete Ausgestaltung der Integrationsmassnahmen bei VA/FL im Rahmen des Projekts NA-BE.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.2)	23.11.2016	Der Regierungsrat legt im Gesetzesentwurf die Wirkungsziele für die sprachlichen, sozialen und beruflichen Integrationsmassnahmen für alle Personen und Institutionen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs fest.	Im Rahmen der Gesetzesvorlage soll der Grosse Rat mit Wirkungszielen befasst werden.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.3)	23.11.2016	Der Regierungsrat prüft bei den weiteren Arbeiten das Bündner Modell und übernimmt ggf. Elemente davon.	Anlässlich der Kommissionssitzungen vom 17. und 18. Oktober 2016 wurde dargelegt, inwieweit die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Strategie mit dem Bündner Modell übereinstimmen. Die allfällige Übernahme von weiteren Elementen des Modells wird weiter geprüft.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.4)	23.11.2016	Der Regierungsrat legt auf geeigneter Ebene fest, dass das Nichteinhalten der Integrationsvereinbarungen sanktioniert wird.	Bei den in der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich an mehreren Stellen aufgeführten Anreizen handelt es sich nicht nur um positive Anreize, sondern auch um Sanktionen. Sanktionen bei Nichteinhaltung der Integrationspläne sind sowohl im Rahmen des Prozesses als auch des Sozialhilfesystems vorgesehen.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.5)	23.11.2016	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Erwerbsquote um mehr als 5% steigt, sofern an den vorgesehenen Integrationsmassnahmen festgehalten wird.	Die markante Erhöhung der Erwerbsquote von VA und FL ist ein wichtiges erklärtes Ziel des Regierungsrates, da damit hohe Folgekosten in der Sozialhilfe vermieden werden können.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.6)	23.11.2016	Der Regierungsrat sorgt für die Förderung niederschwelliger Arbeitsintegrationsmassnahmen.	Die inhaltliche Ausgestaltung solcher Massnahmen und die Erhebung der damit verbundenen Kostenfolgen sollen im Rahmen der konzeptionellen Vertiefungsarbeiten erfolgen.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Integration (3.7)	23.11.2016	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Wirtschaft angemessen in die Integrationsprozesse eingebunden wird.	Die Wirtschaft wird in die Integrationsprozesse und konkreten Massnahmen miteinbezogen. Inwiefern die Konzepte erfolgreich sein werden, hängt nicht nur von den konzeptionellen Inhalten, sondern schweremsgewichtig auch vom Interesse und den Möglichkeiten der Wirtschaft ab.	In Bearbeitung
NA-BE; Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich – Kosten (4.1)	23.11.2016	Der Regierungsrat weist im Vortrag zu den Gesetzesänderungen die Gesamtkosten des Asyl- und Flüchtlingsbereichs und der Neustrukturierung transparent und konkret aus. Ziel der Massnahmen ist, dass die Bundespauschale die Kosten des Asyl- und Flüchtlingsbereichs deckt. Falls die Kosten die Bundesbeiträge übersteigen, sind die Abweichungen zu begründen.	Die Gesamtkosten des Asyl- und Flüchtlingsbereichs wurden mit dem Kostenmodell umfassend erhoben und im entsprechenden Bericht transparent dargelegt. Eine weitere Präzisierung der abgeschätzten Kosten wird erst möglich sein, sobald die Umsetzungskonzepte vorliegen.	In Bearbeitung

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK)

Raumplanungsbericht 2014	19.12.2014	Der Grosse Rat unterstützt den Paradigmenwechsel zu vermehrter Siedlungsentwicklung nach innen. Er befürwortet eine aktive fachliche Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton. Diese soll sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren und zu angepassten Lösungen führen, welche die Siedlungsqualität erhalten oder steigern. Dabei soll die Verhältnismässigkeit gewahrt und die Eigentumsgarantie respektiert werden.	Der Paradigmenwechsel ist Teil des Richtplans 2030, der am 2. September 2015 vom Regierungsrat beschlossen (RRB 1032/2015) und vom Bundesrat am 4. Mai 2016 genehmigt wurde. Für die Umsetzung in den Gemeinden wurden bedarfsgerechte Arbeitshilfen erarbeitet und publiziert. Weiter werden die Gemeinden durch Grundlagendaten, die im Geoportal des Kantons Bern zur Verfügung gestellt werden, sowie durch angemessene Beratung unterstützt. Die Instrumente sind im Internet unter www.be.ch/sein abrufbar. In der JGK wurde zudem (mit bestehendem Personal) eine Geschäftsstelle «Siedlungsentwicklung nach innen» geschaffen, welche die Aktivitäten koordiniert.	Erledigt
		Der Grosse Rat stimmt dem Grundsatz zu, dass die in Artikel 30a Absatz 2 Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (RPV; SR 700.1) verlangte Arbeitszonenbewirtschaftung auf regionaler Stufe und in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Regionen bzw. Regionalkonferenzen erfolgen soll. Der Kanton muss dafür jedoch Vorgaben und Instrumente bereitstellen sowie die Koordination sicherstellen. Die genaue Ausgestaltung der Arbeitszonenbewirtschaftung ist in Absprache mit der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK), dem Verband Bernischer Gemeinden und den Regionen vorzunehmen.	Der Auftrag für die Einrichtung der Arbeitszonenbewirtschaftung (AZB) unter Einbezug der Regionen aus dem Richtplan 2030 wurde umgesetzt: Die AZB wurde mit der Verteilung des Merkblatts im BSIG-Versand vom Dezember 2016 in Kraft gesetzt. Bei Neueinzonungen von kantonaler oder (teil-)regionaler Bedeutung beurteilen die Regionen die überkommunale Abstimmung und die Prüfung von Alternativen. Im Rahmen der Erarbeitung wurde das Projekt der AZB mit der BaK sowie dem Verband Bernischer Gemeinden besprochen.	Erledigt
		Der Grosse Rat stimmt dem Grundsatz zu, dass im Bereich der Abbau, Deponie, Transport- Planungen die Zuständigkeit des Kantons gestärkt werden soll, aber nur in Bereichen, die anderweitig nicht geregelt werden können und in denen deshalb ein Notstand herrscht. Dabei sind die Anliegen der Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen.	Im Rahmen des «Kontaktgremiums Entwicklung» ist in Zusammenarbeit mit den Gemeinden (Verband Bernischer Gemeinden) die Überprüfung der Zuständigkeiten des Kantons und der Gemeinden in der Raumplanung generell eingeleitet worden. Ob und in welchen Bereichen eine Verschiebung der geltenden Zuständigkeiten sinnvoll und zielführend ist, ist Gegenstand der Überprüfung.	In Bearbeitung
		Der Regierungsrat sorgt dafür, dass die jährliche Erhebung der unüberbauten Bauzonen innert zwei Jahren definitiv eingeführt wird.	Im Jahr 2015 erfolgte die Ersterhebung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Die Daten sind im Geoportal publiziert (Zugang via www.be.ch/sein). Die regelmässige Aktualisierung der Daten ist sichergestellt.	Erledigt
		Der Regierungsrat sorgt dafür, dass die Einführung von eBau beschleunigt vorangetrieben wird.	Die rechtlichen Grundlagen für die Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens (eBau) sind in der Teilrevision des Baugesetzes vom 9. Juni 2016 geschaffen worden. In der Novembersession 2016 bewilligte der Grosse Rat den Rahmenkredit 2017-2020 für die ICT-Ausgaben der JGK. In diesem Kredit sind CHF 2 Mio. für die Einführung von eBau enthalten. Die Projektarbeiten wurden im Jahr 2016 gestartet.	Erledigt
		Der Regierungsrat sorgt dafür, dass beim Weg der inneren Verdichtung sowie bei Neueinzonungen einer Vernetzung mit allfälligen Energierichtplänen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Besonders Abwärmenutzung von Industriebetrieben sowie bestehende und geplante Nah- und Fernwärmenetze sind dabei mit hoher Priorität zu berücksichtigen.	Das Anliegen der Planungserklärung ist durch die geltende Energiegesetzgebung und die Regelungen im Kantonalen Richtplan 2030 gewährleistet. Im Kantonalen Richtplan sind im Massnahmenblatt C_08 die 34 Gemeinden bezeichnet, die verpflichtet sind, einen Energierichtplan zu erstellen. Bei allen beim AGR zur Genehmigung eingereichten Energierichtplänen wird geprüft, ob der Abwärmenutzung und bestehenden und geplanten Fernwärmenetzen genügend Beachtung geschenkt und von den Gemeinden Massnahmen zur Umsetzung bezeichnet wurden. Mit ihrem Inkrafttreten werden die Energierichtpläne behördenverbindlich. Sie sind bei Überbauungsplanungen zu berücksichtigen.	Erledigt

Konzept Frühe Förderung im Kanton Bern. Handlungsfeld 5: Früherkennung	06.09.2012	Die Schnittstellen zwischen den familienergänzenden, familienunterstützenden und familienexternen Institutionen mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) sind zu definieren und verbindlich festzulegen.	Im Rahmen des Projekts «Früherkennung von Kindeswohlgefährdung im Frühbereich (0-5 Jahre)» wurden zur Optimierung der Angebots- und Vernetzungsstrukturen unter engem Einbezug der betroffenen Akteure (Mütter- und Väterberatung, Berner Gesundheit und Erziehungsberatung) Instrumente und Entscheidungshilfen erarbeitet. Das Projekt kann per Ende Jahr abgeschlossen werden.	In Bearbeitung
		Es sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Hebammen und Ärzte, die Mütter und Väterberatungsstellen sowie die Erziehungsberatung zu verpflichten sind, bei einer Feststellung einer Kindesgefährdung eine entsprechende Meldung an die Kindes-schutzbehörde zu machen.	Am 15. April 2015 hat der Bundesrat die Botschaft für eine entsprechende Änderung des Zivilgesetzbuches verabschiedet. Neu soll die Meldepflicht für alle Fachpersonen gelten, die beruflich regelmässig mit Kindern Kontakt haben und deshalb eine besondere Beziehung zu ihnen pflegen. Zurzeit ist das Geschäft in den eidgenössischen Räten hängig. Die Arbeiten auf Bundesebene werden weiter verfolgt.	In Bearbeitung
Krankenkassenprämienverbilligung betreffend AFP 2017–19 (Haushaltsdebatte)	23.11.2015	Die Position Kosten Staatsbeiträge bei der Produktgruppe Vollzug der Sozialversicherungen ist um CHF 42 Millionen zu erhöhen.	Umsetzung ist im Rahmen des Planungsprozess zum VA 2016 und AFP 2017-19 erfolgt.	Erledigt
Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat im Kanton Bern	16.09.2015	Die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat erfolgt innerhalb des geltenden Verfassungsrechtes im Rahmen einer Totalrevision des Kirchengesetzes von 1945.	Der Regierungsrat hat eine Totalrevision des Kirchengesetzes (KG; BSG 410.11) gestartet, welche im Herbst 2017 dem Grossen Rat unterbreitet werden soll. Die acht nachstehend aufgeführten Planungserklärungen werden in diesem Rahmen umgesetzt.	In Bearbeitung
		Die Geistlichen werden von den Landeskirchen angestellt. Im Umfang der von den Landeskirchen allenfalls aufzubauenden Kapazitäten für die Personaladministration werden zur Gewährleistung der Kostenneutralität Kapazitäten beim Kanton abgebaut.		In Bearbeitung
		Die Aufnahme von Geistlichen in den Kirchendienst wird durch die Landeskirchen geregelt und abgewickelt. Der Kanton erlässt aufgrund der öffentlichrechtlichen Anerkennung der Landeskirchen gewisse Vorgaben. Die Anforderungen an Geistliche im heutigen Umfang müssen mindestens erhalten bleiben.		In Bearbeitung
		Die pfarramtliche Versorgung der Kirchgemeinden wird von den Landeskirchen festgelegt		In Bearbeitung
		Auf die Ablösung der historischen Rechtstitel wird verzichtet.		In Bearbeitung
		Für die Finanzierung der Landeskirchen wird ein neues, zeitgemässes und verlässliches System ausgearbeitet, welches die historischen Ansprüche der Landeskirchen respektiert, aber auch den berechtigten Interessen des Kantons Rechnung trägt. Das neue Finanzierungsmodell darf nicht zu einer Mehrbelastung der Einwohnergemeinden führen. Leistungen der Landeskirchen werden in Leistungsvereinbarungen formuliert.		In Bearbeitung
		Bei den Kirchensteuern der juristischen Personen wird eine negative Zweckbindung eingeführt.		In Bearbeitung
		Auf die Ausarbeitung eines allgemeinen Anerkennungsgesetzes wird bis auf weiteres verzichtet. Anstelle von Anerkennungen sind andere Massnahmen zur Förderung von Religionsgemeinschaften, die gesellschaftlich relevante Leistungen erbringen, zu prüfen.		In Bearbeitung
Volkswirtschaftsdirektion (VOL)				

Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF)

Motion 125-2010 Martinelli-Messerli, Matten b. I. (BDP), vom 2. September 2010: Zusammenschluss Inseelspital – Spital Netz Bern AG zu Lasten der peripheren Versorgung? (angenommen am 23.11.2010)	23.11.2010	Der Grosse Rat erwartet eine Konkretisierung der Ziele bezüglich Kosten, Qualität, Angebote und weiteren Synergiegewinnen.	Die Zielerreichung bezüglich Synergien kann frühestens nach Abschluss der bis Ende 2016 dauernden Integration der beiden Unternehmen (Integrationsphase) beurteilt werden.	In Umsetzung
		Ein allfälliger Zusammenschluss Inseelspital - Spital Netz Bern AG darf die Grundversorgung unter keinen Umständen verteuern	Die Zielerreichung bezüglich Kostenniveau der angebotenen Leistungen kann frühestens nach Abschluss der bis Ende 2016 dauernden Integration der beiden Unternehmen (Integrationsphase) beurteilt werden.	In Umsetzung
Alterspolitik im Kanton Bern – Bericht des Regierungsrates 2011		Veränderungen der demografischen Entwicklung: Aufgrund der im Bericht summarisch erwähnten Korrektur der Prognosen über die Anzahl Menschen in den Altersgruppen über 65 Jahre bzw. über 80 Jahre (Zunahme um 25% gegenüber den bisherigen Prognosen) zeigt sich, dass die Prognosen regelmässig aktualisiert und detailliert werden müssen. So fehlen z.B. Aussagen darüber, dass in den (hohen) Alterskategorien Frauen massiv stärker vertreten sind. Die aktualisierten Prognosen sind regelmässig, detailliert und aufgeschlüsselt nach Geschlecht aufzuzeigen.	Das Anliegen dieser Planungserklärung wurde im Bericht zur Alterspolitik 2016 berücksichtigt	Erledigt
		Handlungsfeld 4: Der Kanton entwickelt ein Konzept für die Lebensformen von chronisch psychisch Kranken im AHV-Alter.	Das Projekt «Dehospitalisierung» wurde 2014 mit den folgenden Zielen lanciert: Erstens soll eine Verlegung von sog. Langzeitpatientinnen und -patienten in für sie geeignete Institutionen ermöglicht werden und zweitens sind für die Zukunft Voraussetzungen zu schaffen, um die Verlegung von als nicht mehr spitalbedürftig deklarierten Menschen so rasch und gut wie möglich zu fördern. In zwei Teilprojekten wird die Zusammenarbeit zwischen Psychiatrien und Heimen optimiert sowie die erforderlichen Konzepte und Personalfragen geklärt. Der Regierungsrat hat die Versorgungsplanung, welche auch die Planung von Versorgungsleistungen Psychiatrie und Rehabilitation beinhaltet, Mitte Dezember 2016 beschlossen. Sie wird dem Grossen Rat in der Märzsession 2017 zur Kenntnis gebracht.	In Bearbeitung
Versorgungsplanung 2011-2014 nach Spitalversorgungsgesetz vom 5. Juni 2005 (SpVG; BSG 812.11)		Der Prozess zur Erstellung der Spitalliste muss überarbeitet werden in folgenden Punkten: Die Kriterien für die Vornahme eines Qualitätsbenchmarks sind zu erweitern und über mehr als ein Jahr zu evaluieren.	Der Prozess zur Erstellung der Spitalisten wurde bei der Erarbeitung der Versorgungsplanung 2016 vollumfänglich überarbeitet. Die Versorgungsplanung 2016 orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Zusätzlich umfasst sie die Grundzüge der zukünftigen Qualitätssicherung im Kanton Bern. Diese Grundzüge werden im Rahmenkonzept zur Qualitätssicherung der Spitäler und Kliniken im Kanton Bern detaillierter ausgeführt. Der anschliessende Prozess zur Erstellung der künftigen Spitalisten, welche auf der Versorgungsplanung 2016 basieren, wird vollumfänglich diesen neuen Planungsgrundlagen angepasst.	In Umsetzung
		Die Spitalgesellschaften handeln autonom und organisieren sich selber.	Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Spitalistenerstellung und in der Eigentümerstrategie.	In Umsetzung
		Der Kanton als Eigentümer und die Regionalen Spitalzentren handeln konsequent gemäss den ihnen zugewiesenen Kompetenzen.	Die konsequente Wahrnehmung der zugewiesenen Rollen wird vom Regierungsrat im Rahmen der Festlegung und Umsetzung der Eigentümerstrategie laufend überwacht.	In Umsetzung
		Bei allfälligen Fusionen von Spitalregionen ist vorgängig zu untersuchen und belastbar nachzuweisen, inwieweit sich Synergieeffekte einstellen, wenn zwei geografisch grosse Gebiete mit eher kleinen Bevölkerungszahlen zusammengelegt werden	Die Überprüfung des Spitalregionenmodells erfolgte bei der Erarbeitung der Versorgungsplanung 2016. Die Analyse der Jahre 2012 und 2013 zeigte für den Kanton Bern keine wesentliche Veränderung in Bezug auf die Patientenströme zwischen den Regionen. Eine Fusion der Versorgungsräume (zuvor: Spitalregionen) erfolgte nicht.	In Umsetzung

	Bei der Festlegung von Mindestfallzahlen und Leistungsaufträgen in Leistungsgruppen sollen nicht nur die stationären Leistungen betrachtet werden, sondern es sind ambulante Leistungen in geeigneter Weise mit einzubeziehen.	Für den ambulanten sowie teilstationären Versorgungsbereich besteht keinerlei Planungspflicht gemäss Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10). Gemäss aktueller Rechtsprechung ist es den Kantonen grundsätzlich freigestellt, auch diese Bereiche im Rahmen der Versorgungsplanung einzubeziehen. Die Umsetzung erfolgt - soweit mit den vorhandenen Statistiken möglich und im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen zulässig - im Rahmen Umsetzung der Versorgungsplanung 2016. Die Versorgungsplanung 2016 bildet die Grundlage für die künftigen Spitalisten im Kanton Bern.	In Umsetzung
	Die Hilfsfristregel 90/15 für den Rettungsdienst ist bis spätestens 2014 eingeführt.	Die Umsetzung erfolgt - soweit mit den vorhandenen Statistiken möglich und im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen zulässig - im Rahmen der Arbeiten der Versorgungsplanung 2016. Die Umsetzung der Hilfsfristenregel 90/15 ist aufgrund von Rekrutierungsproblemen von qualifiziertem Personal derzeit nicht möglich	Sistiert (wegen fehlender finanzieller und personeller Ressourcen)
	Die Hilfsfristregel 90/15 für den Rettungsdienst ist bis spätestens 2014 eingeführt. Ausserkantonale Angebote sind mit zu berücksichtigen.	Die Umsetzung der Hilfsfristregel 90/15 ist aufgrund von Rekrutierungsproblemen von qualifiziertem Personal derzeit nicht möglich.	Sistiert (wegen fehlender finanzieller und personeller Ressourcen)
Behindertenpolitik im Kanton Bern – Bericht des Regierungsrates 2011	Der Grosse Rat ist laufend über die Entwicklung der Kosten zu informieren.	Die Information erfolgt in allgemeiner Form im Rahmen des jährlichen Geschäftsberichts und detailliert im halbjährigen Reporting an die GSoK.	In Bearbeitung
	Bei den Geschützten Werkstätten kann der Kanton zum Beispiel mit Sockelbeiträgen im Sinne von subjektorientierten Objektbeiträgen ein vielfältiges Arbeitsangebot für Menschen mit einer Behinderung gewährleisten. Menschen mit Behinderung, die im ersten Arbeitsmarkt arbeiten (wollen) und Unterstützung benötigen, erhalten Zugang zum individuellen Abklärungsverfahren.	Dies ist im Pilotprojekt und in der flächendeckenden Umsetzung gewährleistet.	In Bearbeitung
Liberale Lösungen für den Kanton Bern - Der Kanton führt keine Institutionen der Psychiatrieversorgung	Ziffer 1: Der Kanton bereitet die Verselbständigung der zentralen Institutionen der Psychiatrieversorgung gemäss Artikel 41 Absatz 4 des Spitalversorgungsgesetzes (Fassung vom 5. Juni 2005) vor.	Das Projekt wurde hinsichtlich Erfüllung der gesetzlichen Vorgabe gestartet und abgewickelt.	Erledigt
	Ziffer 2: Im Rahmen dieser Vorbereitung geht er nach folgenden Prioritäten und Zielsetzungen vor:		
	a) Erarbeitung der Planung (Aufgabendefinition und Gebietszuteilung) des in der Versorgungsplanung vorgesehenen Aufbaus der psychiatrischen Versorgung in den Regionen. Ausserkantonale Angebote sind mit zu berücksichtigen.	Im Rahmen des Projekts bearbeitet und Erfüllung mit Schreiben vom 18. November 2015 von der GSoK bestätigt.	Erledigt
	c) Für die neue zentrale Psychiatrie-Unternehmung sollen grundsätzlich die gleichen Bedingungen gelten wie für die in die Spitalisten aufgenommenen Spitäler, namentlich der psychiatrischen Institutionen.	Im Rahmen des Projektes bearbeitet und Erfüllung mit Schreiben vom 18. November 2015 von der GSoK bestätigt.	Erledigt
	d) Bei der Bildung der neuen zentralen Psychiatrie-Unternehmung sind Lösungen zu treffen, die die buchungstechnischen Folgen der Verselbständigung weitgehend reduzieren und für den bernischen Staatshaushalt mittel- und langfristig kostenneutral sind.	Im Rahmen des Projektes bearbeitet und Erfüllung mit Schreiben vom 18. November 2015 von der GSoK bestätigt.	Erledigt
	e) Die Verlagerung der stationären Leistungen zu ambulanten und teilstationären Leistungen soll verstärkt werden.	Im Rahmen des Projektes bearbeitet und Erfüllung mit Schreiben vom 18. November 2015 von der GSoK bestätigt.	Erledigt

Umsetzung der Motion 068-2009 Messerli (EVP, Nidau) vom 4. Februar 2009: Integration fördern - das frühkindliche Potenzial besser ausschöpfen! Für ein Frühförderungskonzept im Kanton Bern (angenommen am 10.09.2009; Fristerstreckung bis Ende 2012 gewährt am 01.12.2011)	Handlungsfeld 2 (Massnahme 2.4): (...) Für den Austausch zwischen Hebammen, Ärztinnen und Ärzten und der Mütter- und Väterberatung soll der Informationsfluss niederschwellig sein. Der Kanton muss dazu die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit dies möglich ist.	Ausgehend von den bestehenden gesetzlichen Grundlagen müssen die notwendigen Anpassungen für einen niederschweligen Informationsfluss zwischen den Akteurinnen und Akteuren geprüft werden. Die Thematik wird durch die JGK geprüft, welche auch für das Handlungsfeld «Früherkennung» im Rahmen des Konzepts frühe Förderung zuständig ist.	in Bearbeitung
	Handlungsfeld 2 (Massnahme 2.5) / Ergänzung Ziel: (...) Analog zur Suchthilfestrategie sind die verschiedenen Akteure im Bereich der frühen Förderung in regionale Plattformen zu vernetzen, wobei der Kanton deren Koordination übernimmt.	Wird als Bestandteil der Massnahme 2.1 umgesetzt: Die Mütter-Väter-Beratung (MVB) ist mandatiert, regionale Vernetzungstreffen und einen entsprechenden Informationsaustausch zu organisieren.	Erledigt
	Handlungsfeld 3 / Zielgruppenspezifische Erreichbarkeit und Ausrichtung der Angebote der frühen Förderung; Massnahme Nr. 3.1 (neu) Der Kanton hat zusammen mit der Mütter- und Väterberatung Massnahmen im Sinne der Niederschwelligkeit zu erarbeiten, damit insbesondere benachteiligte, schwer erreichbare Familien und Kinder erfasst werden.	Das Anliegen wird dort, wo dies angezeigt ist, im Rahmen der Leistungsverträge aufgenommen.	Erledigt
	Handlungsfeld 4 / Frühe Sprachförderung für Kinder im Vorschulalter; Massnahme Nr. 4.2 (neu): Ergänzung Ziel: (...) Der Kanton Bern schafft eine gesetzliche Grundlage, mit der ein vorschulischer Sprachunterricht in einer Amtssprache obligatorisch erklärt werden kann.	Die Fortführung der Vorarbeiten ist im Gang: Prüfung der Verankerung in bestehenden Gesetzesgrundlagen mit anschliessender Planung des Gesetzesrevisionsverfahrens.	In Bearbeitung
	Handlungsfeld 7 / Elternbildung im Frühbereich stärken; Massnahme Nr. 7.3 (neu) Ziel: Der Kanton Bern nimmt seine Rolle in der Elternbildung mit besonderem Fokus auf den Frühbereich aktiv wahr und schafft kantonale Rahmenbedingungen, eine gesetzliche Verankerung der Elternbildung und geeignete Strukturen, welche eine Neuausrichtung der derzeit unübersichtlichen Angebotslandschaft ermöglichen. Insbesondere niederschwellige Angebote für bildungsferne Familien sollen gefördert werden.	Die Ergebnisse des Projekts «Neuausrichtung der Elternbildung im Kanton Bern» liegen vor. Eine Fachstelle Elternbildung soll die Koordination der Elternbildung übernehmen. Sie wurde per 2015 geschaffen. Zudem wurde im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms und des Konzepts frühe Förderung im Jahr 2014 ein Konzept zur subsidiären Mitfinanzierung per 2015 für Angebote der niederschweligen Elternbildung publiziert.	Erledigt
Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP 2014 Themenblock 9c/Alters- und Behindertenbereich, allgemein (Haushaltdebatte)	Der Regierungsrat wird beauftragt, die Anforderungen an Heime, insbesondere hinsichtlich der Mitarbeitenden (Qualifikationen, Richt- und Mindeststellenpläne etc.) substanziell nach unten anzupassen, so dass die Alters- und Behindertenheime grösseren Spielraum erhalten. Insbesondere soll zwecks Kostenersparnis die Freiwilligenarbeit und der Einsatz von wenig qualifiziertem Personal ermöglicht werden.	Die Betriebsbewilligungsstandards für Wohnheime werden gegenwärtig überarbeitet. Ziel ist eine deutliche Reduktion der Vorgaben und entsprechende Stärkung der Eigenverantwortung der Institutionen. Im Behindertenbereich werden hierbei Vorgaben der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) zur Qualifikation des Personals eingehalten. Die Überprüfung der Stellenpläne im Pflegebereich hat ergeben, dass die Institutionen den Personaleinsatz eigenverantwortlich gestalten. Per Stichtag 1. Januar 2016 waren in den Alters- und Pflegeheimen im Kanton Bern 429 Vollzeitstellen mehr an diplomiertem Pflegepersonal eingestellt, als gemäss Mindestvorgaben des Kantons gefordert, im Bereich Pflegefachpersonal auf Sekundarstufe waren es 622 Vollzeitstellen. Die Reaktion der Verantwortlichen in den Institutionen geht einher mit dem steigenden Pflegebedarf der Menschen in den Heimen.	In Bearbeitung

Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP 2014 Themenblock 11/Ergänzungsleistungen (Haus- haltdebatte)	Die heutigen Standards für Heime sind sehr eingehend und überflüssig und verursachen höhere Kosten. Die Vorschriften über Grösse, Anforderungen und Einrichtung der Zimmer und Nasszellen in der Heimverordnung und weitere Vorschriften sind zu lockern. Den Heimen ist mehr Gestaltungsfreiraum zu gewähren.	Im Rahmen eines Projekts werden die Betriebsbewilligungs-Standards bis Sommer 2017 überprüft. Die erforderlichen Anpassungen werden im Rahmen der Revision der Verordnung vom 18. September 1996 über die Betreuung und Pflege von Personen in Heimen und privaten Haushalten (Heimverordnung; HEV; BSG 862.51) geprüft.	In Bearbeitung
Bericht des Regierungsrates zur Umsetzung des Familienkonzepts des Kantons Bern	Der Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts ist dem Grossen Rat alternierend zum Sozialbericht alle vier Jahre vorzulegen.	Die Veröffentlichung des nächsten Berichts zur Umsetzung des Familienkonzepts wird für das Jahr 2018 vorbereitet.	In Bearbeitung
Behindertenpolitik im Kanton Bern. Bericht des Regierungsrates 2016	Neu geschaffene Stellen sind innerhalb der GEF zu kompensieren.	Die GEF setzt alles daran, die neu geschaffenen Stellen zu kompensieren. Die entsprechenden Entscheide werden im Jahr 2017 gefällt.	In Bearbeitung
	Für weitere Abklärungen zur Tauglichkeit des VIBEL im Bereich psychische Behinderung sind die psychiatrischen Kliniken bzw. entsprechende Fachpersonen mit einzubeziehen.	Fachpersonen der Psychiatrie beteiligen sich seit 2015 an der Weiterentwicklung von VIBEL und seit diesem Sommer wirkt auch die UPD mit.	In Bearbeitung
	Es soll im Weiteren geprüft werden, ob es zur Gewährleistung einer guten Versorgung zweckmässig ist, für gewisse Formen von Behinderung den mit VIBEL einmal bemessenen Bedarf durch eine Abgeltungspauschale zu ersetzen.	Die Option wird im weiteren Umsetzungsprozess als Variante mitberücksichtigt.	In Bearbeitung
	Neben der Variante Leistungsfestsetzung bei der GEF ist ähnlich der IV eine gemeinsame, kombinierte Abklärungs- und Leistungsfestsetzungsstelle als Variante vertieft zu prüfen.	Die damit verbundene Absicht, die Gesamtsumme des anerkannten individuellen Bedarfs zu kontrollieren, wird mit den Parametern des Abklärungsinstruments und den Normkosten erfüllt. Die Umsetzung des Behindertenkonzepts ist gleichzeitig so ausgestaltet, dass eine kombinierte Stelle bei Bedarf eingerichtet werden könnte.	In Bearbeitung
	Die Abklärungskosten sind spätestens zeitgleich mit dem Inkrafttreten der revidierten Sozialhilfegesetzgebung zu pauschalisieren und mit Normkosten zu hinterlegen. Falls es eine kombinierte Abklärungs- und Leistungsfestsetzungsstelle gibt, sind ebenso die Festsetzungskosten zu pauschalisieren und mit Normkosten zu hinterlegen.	Dies wird spätestens per Leistungsvertrag 2020 mit der Abklärungsstelle umgesetzt.	In Bearbeitung
Alterspolitik im Kanton Bern. Bericht des Regierungsrates 2016.	Handlungsfeld 4: Versorgungsangebot bei Krankheit im Alter Der Kanton berücksichtigt den betreuenden Aufwand von Menschen mit Demenz mit einer angemessenen Zuteilung der finanziellen Ressourcen.	Die Pflegefinanzierung ist auf Bundesebene geregelt. Eine entsprechende Anpassung, die den betreuenden Aufwand finanziell angemessen berücksichtigt, muss daher auf Bundesebene erfolgen. Der Kanton Bern setzt sich innerhalb der Gesundheitsdirektorenkonferenz dafür ein, dass Betreuungsleistungen besser abgegolten werden.	In Bearbeitung
	Caring Community: Der Kanton unterstützt Projekte und Initiativen, die die neuesten technologischen Errungenschaften für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen und unterstützende Personen nutzbar machen.	«Caring Community» betrifft die Umsetzung der Alterspolitik in Quartieren, Gemeinden, Städten und Regionen. Dies ist in erster Linie die Aufgabe der Gemeinden selbst und muss auch von diesen finanziert werden. Sollte es Projekte geben, die sich zur Ausdehnung über den ganzen Kanton eignen, kann die Pilotphase im Rahmen der kantonalen Alterspolitik mit bescheidenen finanziellen Mitteln unterstützt werden, sofern es die finanzpolitische Situation zulässt.	In Bearbeitung
	Der Kanton Bern unterstützt Bestrebungen auf nationaler Ebene zur Verbesserung der Informationen und Interessenvertretung der pflegenden und betreuenden Angehörigen.	Der Kanton Bern beobachtet die Entwicklungen zu diesem Thema auf nationaler Ebene weiterhin und macht dort mit, wo die Kantone vom Bund aufgefordert werden, sich einzubringen.	In Bearbeitung
Richtlinien zur Regierungspolitik 2015-2018. Legislativziele des Regierungsrates	Zu Ziel 4 «Soziale Stabilität sichern»: Zur Sicherung der sozialen Stabilität ist eine Gesundheitsstrategie zu erarbeiten, welche die künftige Gesundheitsversorgung sowie die Schritte zur Gesundheitsförderung und -prävention definiert.	In der ersten Hälfte 2016 hat sich die GSOK mit dem Thema befasst. Direktionsintern wird das weitere Vorgehen im Verlauf 2017 festgelegt.	In Bearbeitung

Sozialbericht 2015 Bekämpfung der Armut im Kanton Bern	Die Hauptgrundlage für den Bericht soll die Sozialhilfe(empfänger)statistik des Bundes darstellen, welche einen Vergleich mit anderen Kantonen und einen gesamtschweizerischen Bezug zulassen.		Ein nächster Sozialbericht des Kantons Bern betrifft die Legislatur 2018-2022. Zu gegebener Zeit wird über einen künftigen Sozialbericht entschieden und es werden allenfalls die Arbeiten dafür aufgenommen.
	Die GSoK wird zu einem geeigneten Zeitpunkt betreffend inhaltlicher Schwerpunkte und Fragestellungen, zu welchen der Bericht Antworten liefern soll, im Rahmen einer Sitzung konsultiert.		Ein nächster Sozialbericht des Kantons Bern betrifft die Legislatur 2018-2022. Zu gegebener Zeit wird über einen künftigen Sozialbericht entschieden und es werden allenfalls die Arbeiten dafür aufgenommen.
	Aus heutiger Sicht hat sich die nächste Berichterstattung insbesondere auf die Armutsbekämpfung und deren Massnahmen, konkret auf folgende Punkte zu konzentrieren: - Sozialhilfebezug im Kanton Bern im schweizerischen Vergleich - Stand der Umsetzung der bereits beschlossenen Massnahmen - Fazit und Strategie für die nächsten Jahre bezgl. Armutsbekämpfung – zu priorisierende Massnahmen aus Sicht des Regierungsrates inklusive entsprechender Kostenschätzung. Des Weiteren werden Ausführungen zu folgenden Themen gewünscht: - Situation von Personen im fortgeschrittenen Alter (>50 Jahre) - Entwicklung der Sozialhilfekosten von vorläufig Aufgenommenen sowie anerkannten Flüchtlingen - Auswirkungen der per 2016 revidierten SKOS-Richtlinien auf die armutspolitische Situation im Kanton Bern.		Ein nächster Sozialbericht des Kantons Bern betrifft die Legislatur 2018-2022. Zu gegebener Zeit wird über einen künftigen Sozialbericht entschieden und es werden allenfalls die Arbeiten dafür aufgenommen.

Finanzdirektion (FIN)

Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2019	24.11.2015	Schaffung von finanziellem Spielraum.	Die mit der Planungserklärung geforderte <i>Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum für Steuersenkungen</i> konnte angesichts der zahlreichen Haushaltsverschlechterungen und der damit einhergehenden Eintrübung der finanzpolitischen Perspektiven im Voranschlag 2017 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2020 vorerst nicht realisiert werden. Der Regierungsrat hat im November 2017 beschlossen, ein Entlastungspaket zu erarbeiten. Vordringliches Ziel ist dabei, dem Grossen Rat im kommenden August 2017 einen ausgeglichenen Voranschlag 2018 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021 vorzulegen. Darüber hinaus will der Regierungsrat auch die nachhaltige Finanzierung seiner Steuerstrategie sicherstellen. Zudem soll dem Grossen Rat auch aufgezeigt werden, welche Massnahmen für darüber hinaus gehende Steuerentlastungen notwendig wären.	In Bearbeitung
	24.11.2015	Plafonierung der Nettoinvestitionen auf CHF 440 Millionen. Anlässlich der Novembersession 2015 nahm der Grosse Rat eine Kürzung der ordentlichen Nettoinvestitionen im Voranschlag 2016 von CHF 470 Millionen auf CHF 440 Millionen vor. Gleichzeitig überwies der Grosse Rat eine Planungserklärung, mit welcher er ebenfalls eine Kürzung der ordentlichen Nettoinvestitionen auf CHF 440 Millionen in den Finanzplanjahren 2017 bis 2019 fordert.	Angesichts der zahlreichen Grossprojekte und des teilweise aufgeschobenen Unterhalts bleiben der Investitionsbedarf und die hierfür benötigten finanziellen Mittel weiterhin hoch. Der Regierungsrat hat deshalb mit Blick auf die aktualisierten Sachplanungen sowie die finanzpolitischen Rahmenbedingungen entschieden, die ordentlichen Nettoinvestitionen ausschliesslich im Voranschlagsjahr 2017 zu kürzen (von CHF 470 Millionen auf CHF 430 Millionen) und in den Finanzplanjahren 2018 bis 2020 vorerst auf dem bisherigen Niveau von jährlich rund CHF 470 Millionen zu belassen. Aufgrund von Verschiebungen von Investitionsbeiträgen von der Investitions- in die Erfolgsrechnung fällt das Investitionsvolumen in den Finanzplanjahren 2018 bis 2020 aber trotzdem tiefer als in der vorgängigen Planung aus.	Erledigt

	24.11.2015	Eliminierung der Hälfte der Gewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB) aus dem Zahlenwerk.	Gestützt auf das neue SNB-Gewinnausschüttungsfondsgesetz hat der Regierungsrat im Voranschlag 2017 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2020 nur die Hälfte der voraussichtlichen Gewinnausschüttung der SNB im Zahlenwerk berücksichtigt.	Erledigt
	24.11.2015	Plafonierung des Sachaufwands auf CHF 800 Millionen.	Die Forderung der Planungserklärung nach einer Plafonierung des Sachaufwands auf CHF 800 Millionen pro Jahr wurden durch den Regierungsrat im Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2020 zahlenmässig umgesetzt.	Erledigt
	25.11.2015	Die Position Kosten Staatsbeiträge bei der Produktgruppe <i>Vollzug der Sozialversicherungen</i> ist um CHF 42 Millionen zu erhöhen.	Die Forderung nach einer Erhöhung des Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligungen wurde durch den Regierungsrat im Voranschlag 2017 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2020 zahlenmässig umgesetzt.	Erledigt
Voranschlag 2017	28.11.2016	Der Grosse Rat fordert die involvierten Akteure, namentlich den Regierungsrat, die federführende Finanzdirektion und die Finanzdienste der Direktionen, der Staatskanzlei und der Justiz auf, sich nach Kräften dafür einzusetzen, dass der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2017 ordnungsgemäss und nach den Grundsätzen von HRM2 / IPSAS erstellt, testiert und vom Grossen Rat genehmigt werden kann.	Die Projektarbeiten zur Umsetzung von HRM2 / IPSAS sind in vollem Gang.	In Bearbeitung
Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2020	28.11.2016	Die Finanzkommission ist spätestens bis Ende März 2017 darüber zu informieren, mit welchen Massnahmen die Regierung für den Voranschlag 2018 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen will	Der Minderheitensprecher der Finanzkommission des Grossen Rates hat im Rahmen der Beratung der Planungserklärung deutlich gemacht, dass mit Blick auf das vom Regierungsrat angekündigte Entlastungspaket weniger konkrete Massnahmen, sondern vielmehr erste Stossrichtungen der Entlastungsbereiche erwartet würden. Die Finanzdirektorin wies ihrerseits darauf hin, dass es dem Regierungsrat aufgrund der knappen zeitlichen Verhältnisse nicht möglich sein werde, die Finanzkommission bereits über konkrete Detailmassnahmen zu informieren.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Die Massnahmen müssen gewährleisten, dass künftig auch unter Berücksichtigung der Steuerstrategie und der vom Grossen Rat erteilten finanzpolitischen Aufträge (vgl. unten) keine Neuverschuldung mehr entsteht, das heisst auch die Schuldenbremse der Investitionsrechnung eingehalten wird: In der Planungserklärung werden verschiedene Forderungen von bereits zu einem früheren Zeitpunkt überwiesenen politischen Vorstössen wiederholt (vgl. unten). - Finanzmotion 012-2016 FDP (Haas, Bern) <i>Notwendige Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche und juristische Personen</i> (Ziffer 2 und 3) - Motion 165-2015 EVP (Kipfer, Münsingen) <i>Nach ASP nun eine Verwaltungs- und Effizienzüberprüfung</i> - Planungserklärung der Finanzkommission zum Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2019: <i>Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum</i> .	Die Umsetzung der Planungserklärung wird im Zuge des vom Regierungsrat im November 2016 angekündigten Entlastungspakets geprüft.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Der Regierungsrat berücksichtigt die vom Grossen Rat in den letzten Jahren erteilten finanzpolitischen Aufträge [Finanzmotion 012-2016 FDP (Haas, Bern), Motion 165-2015 EVP (Kipfer, Münsingen), Planungserklärung der Finanzkommission zum Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2019: <i>Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum</i>] spätestens im Finanzplanjahr 2020.	Die Umsetzung der Planungserklärung wird im Zuge des vom Regierungsrat im November 2016 angekündigten Entlastungspakets geprüft.	In Bearbeitung

	29.11.2016	Die Massnahmen haben schwergewichtig auf der Ausgabenseite zu greifen. Die Planungserklärung bezieht sich auf die durch den Regierungsrat mit Medienmitteilung vom 17. November 2016 angekündigte Erarbeitung eines Entlastungspaketes	Die Umsetzung der Planungserklärung wird im Zuge des vom Regierungsrat im November 2016 angekündigten Entlastungspaketes geprüft.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Die Neubewertung von nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken ist unverzüglich an die Hand zu nehmen.	Die aktuelle Vorlagenplanung sieht vor, dass die <i>Allgemeine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte 2020</i> für die Märzsession 2017 des Grossen Rates traktandiert wird.	Erledigt
	29.11.2016	Die Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sind wieder vollumfänglich als Einnahme zu budgetieren [Stucki (Bern, SP)].	Die mit der Annahme der Motion 196-2016 Etter (Treiten, BDP) <i>Änderung des Gesetzes über den SNB-Gewinnausschüttungsfonds (SNBFG)</i> verlangte Gesetzesänderung (Streichung von Artikel 5 des SNBFG) wird dem Grossen Rat voraussichtlich anlässlich der Junisession 2017 zur Beratung unterbreitet. Sollte der Grosse Rat der Gesetzesänderung zustimmen, wird der Regierungsrat die Gewinnausschüttungen der SNB im Voranschlag 2018 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021 wiederum im vollen Umfang budgetieren können	In Bearbeitung
Steuerstrategie des Kantons Bern	29.11.2016	Die prioritäre Behandlung der juristischen Personen wird mit Blick auf den verschärften interkantonalen Steuerwettbewerb (viele Kantone erbringen bereits Vorleistungen im Hinblick auf die Umsetzung der USR III bzw. planen Massnahmen im Zusammenhang mit derselben) grundsätzlich anerkannt.	Die Bearbeitung dieser Planungserklärungen erfolgt im Rahmen der Steuergesetzesrevision 2019, zu welcher voraussichtlich im 2. Quartal 2017 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet wird.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Die Zielsetzung (Ziffer 7, Seite 52) der Senkung der Gewinnsteuern in den Bereich des interkantonalen Durchschnitts wird begrüsst. Um die Zielsetzung zu erreichen, sind allenfalls im Rahmen der konkreten Steuergesetzesrevision 2019 Nachbesserungen (andere Staffelung, weitergehende Tarifierpassungen) vorzusehen.	Die Bearbeitung dieser Planungserklärungen erfolgt im Rahmen der Steuergesetzesrevision 2019, zu welcher voraussichtlich im 2. Quartal 2017 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet wird.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Ganz allgemein ist die Einkommensteuerbelastung der natürlichen Personen zu senken. Der Regierungsrat ist gehalten, dem Grossen Rat dazu baldmöglichst eine konkrete Vorgehensweise zu skizzieren.	Die Bearbeitung dieser Planungserklärungen erfolgt im Rahmen der Steuergesetzesrevision 2019, zu welcher voraussichtlich im 2. Quartal 2017 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet wird.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Bei den natürlichen Personen wird die erneute Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs auf den derzeit möglichen Maximalbetrag von CHF 10'100 als nicht prioritär abgelehnt.	Die Bearbeitung dieser Planungserklärungen erfolgt im Rahmen der Steuergesetzesrevision 2019, zu welcher voraussichtlich im 2. Quartal 2017 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet wird.	In Bearbeitung
	29.11.2016	Die Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank sind wieder vollumfänglich als Einnahme zu budgetieren [FiKo (Iseli, Zwieselberg)].	Die mit der Annahme der Motion 196-2016 Etter (Treiten, BDP) <i>Änderung des Gesetzes über den SNB-Gewinnausschüttungsfonds (SNBFG)</i> verlangte Gesetzesänderung (Streichung von Artikel 5 des SNBFG) wird dem Grossen Rat voraussichtlich anlässlich der Junisession 2017 zur Beratung unterbreitet. Sollte der Grosse Rat der Gesetzesänderung zustimmen, wird der Regierungsrat die Gewinnausschüttungen der SNB im Voranschlag 2018 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2021 wiederum im vollen Umfang budgetieren können.	In Bearbeitung